

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Zum neuen Jahre!

Neues Jahr! — Ein neues Hoffen
Flattert durch die Welt.
Alles Leid, das uns betroffen,
Schwindet, gleitet, fällt.
Ründen auch der Zukunft Sterne
Weiter Qual und Not, —
Vorwärts! — Glüht nicht in der Ferne
Unser Morgenrot? . . .

Kampf heißt weiter die Parole
Unserer harten Zeit,
Der die Not, die bleiche, hohle,
In das Antlitz speit.
Neues Jahr, — hilf uns verbreiten
Freude, Glück und Licht, —
Siegreich laß den Pfad uns schreiten
Höchster Menschenpflicht!

Unser Wollen sollst Du weihen
Jedem: Alt und Jung!
Stärken sollst Du unsere Reihen
Mit Begeisterung!
Zieh'n wir auch auf steilen Pfaden
Un'ren Duldergang, —
Sonne soll das Haupt uns baden
Festlich, warm und blaut!

Komm' dann, was da kommen wolle,
Nichts beugt unsren Sinn!
Unser Aug', das hoffnungsvolle,
Schaut zum Ziele hin!
Rufen Kämpfe, — wird gekritten
Treu in Einigkeit!
Wer soviel, wie wir gelitten,
Fürchtet nicht das Leid!

Unsren frohen Zukunftsglauben
Wird uns nimmermehr
Unglück oder Zweifel rauben,
Dräu'n sie noch so sehr!
Hoch die Stirn! Voll Mut die Herzen!
Blinkt auch rings Gefahr!
Zünde Du der Zukunft Kerzen
Strahlend, neues Jahr!

Kudwig Veffen.

Rückblick auf das Jahr 1908.

1.

Das Stiefenjahr 1908 hat vollendet, was im letzten Januar 1907 offenkundig zutage trat: eine wirtschaftliche Depression auf fast allen Produktionsgebieten.

Zwar hatte die Landwirtschaft infolge der staatlichen Begünstigung (Zölle, Liebesgaben usw.) aufsteigende Preise für Getreide und Schlachtwiech zu verzeichnen. Das kommt aber fast ausschließlich den größeren Grundbesitzern, unseren Herrn Agrariern, zugute, während Kleinbauern und Mänter durch die notwendig werdenden Ergänzungseinkäufe für Saaten, Zuchtvieh und dergleichen die erhöhten Preise selber zu zahlen hatten. Die Landarbeiter aber befinden sich noch immer in solcher Miskere, daß es fast als ein Wunder bezeichnet werden muß, warum die Landflucht nicht noch größere Dimensionen annimmt.

Die Berufszählung Ende 1907 liegt leider noch nicht in allen ihren Resultaten vor, aber soviel ist doch schon aus den Teilveröffentlichungen hervorgegangen, daß Deutschland sich immer mehr zu einem Industrieland ersten Ranges auswächst und die Bedeutung der Landwirtschaft dadurch stark in den Hintergrund tritt.

Die Industrie hatte aber im verflohenen Jahre eine absolute Abnahme der Beschäftigten. Während also durch Zunahme der Bevölkerung und den fortgesetzt sich steigenden Bezug vom Laude ein wesentlich erhöhtes Angebot von Arbeitskräften entstand, verminderte sich die Nachfrage. Arbeitslosigkeit in erschreckendem Umfange griff Blas. Dazu kamen nicht unweibliche Betriebsrückführungen und die Verarmung der billigeren Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter. Nach dem „Arbeitsmarkt“ kamen im März 1908 schon auf 100 offene Stellen 130,5 Arbeitsuchende, im November gar 212,5! Die Landstrafen sind auch in den Wintermonaten von Tausenden darbender Proletarier gefüllt und die Gewerkschaften zahlen Millionen für Unterstützungszwecke.

Was hat nun die herrschende Klasse getan, um ihren sozialen Pflichten gegenüber allen Teilen des Volkes nachzukommen? Die Jahre der Prosperität brachten den Kapitalisten Millionen Profite, und nur wenige Pfennige vermochten die Arbeiter für sich zu gewinnen von den enormen Ueberüberschüssen und Dividenden, meist nur mittels harter Kämpfe und eigener Spier. Der Staat, die Bourgeoisie, hat sich sehr schwer dazu bequemt, die elementarste Sozialpolitik in die Wege zu leiten. Nur durch das fortgesetzte Trännen der organisierten Arbeiterschaft sah man sich veranlaßt, der unlagbaren Not durch einige Arbeiten für Staat und Gemeinde etwas zu lindern. Aber dieser Tropfen auf dem heißen Stein kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das jetzige Wirtschaftssystem den sozialen Anforderungen unserer Zeit nicht gewachsen ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ wies erst kürzlich darauf hin, was die vielgerühmte deutsche Sozialversicherung leistet oder richtiger, wie sie verfaßt! Selbst bei der Invalidenversicherung kommt nur eine durchschnittliche Invalidenrente von 16,01 Mk., Krankenrente 16,24 Mk., Altersrente 161,64 Mk. pro Jahr heraus, das sind pro Tag noch nicht 46 Pf. für den invaliden oder alten Arbeiter. Wie noch weniger, als die Armenpflege leisten muß.

Die gesamte Sozialpolitik des verflohenen Jahres war ohne nennenswerte Resultate. Die Gesetzgebung steht noch immer im Zeichen der Modorra und da wird manches verständig: Von Ditteln kann keine Rede sein.

Wie anders eine durchgreifende Sozialpolitik aussehen müßte, haben die Verhandlungen sowohl des Hamburger Gewerkschaftskongresses als auch des Nürnberger Parteitagess bewiesen. Hier wurde vom Referenten Mollenhuth ein Programm entwickelt, dessen Durchführung den herrschenden Klassen allerdings nur abgerungen werden kann bei verstärkter Aufklärungs- und

Organisationsarbeit. Wir haben die für die deutsche Arbeiterschaft wichtigsten, vorbenannten Forderungen seitherzeit eingehend gewürdigt.

Die politischen Vorgänge im Jahre 1908 boten mancherlei Bemerkenswertes. Massendemonstrationen für ein freies Wahlrecht im Januar. Das heißt unübertroffene neue Vereinsgesetz trat am 1. Mai als „Modstrich“ in Kraft. Nach acht Monate langer Praxis läßt sich heute nicht mehr leugnen, daß unsere Befürchtungen bezüglich der reaktionären Auslegung einiger Paragrafen (Sprachparagraf usw.) auch für die Gewerkschaften nur zu bald eingetroffen sind. Ganz besonders war der Einzug der heben Sozialdemokraten in das preussische Abgeordnetenhaus eine Ueberraschung unangenehmster Art für die Herren Junker. Trotz des elendesten aller Wahlstimmens gelang es, die erste Preiche zu legen, und die sozialdemokratischen Rechte haben dem preussischen Stumpfentisch in der Tat schon zu schaffen gemacht, zum Verrger derer um Ströcker.

Inzwischen hat die Reichspolitik mit ihrem Rückfakturs eine schwere Erdbitterung erlaben. Das persönliche Regiment mußte in den Oktober und Novembertagen geradezu Spiekruten laufen. Selbst das so wohlgeleitete deutsche Vürgerturn war schier aus dem Häuschen und eine Volksabstimmung (à la Norwegen) hätte in diesen Tagen sicher republikanische Ergebnisse gezeitigt. Aber dem aalglatten Eiertünger Bülow gelang es noch einmal, den Sturm zu beschwichtigen, und der Schrei nach dem parlamentarischen Regierungssystem ist schon beinahe wieder verhallt. Möglich, daß die Gesundheitsordnungskommission ein paar Linden zusammenbringt, um die Wägen des jetzigen Systems notdürftig zu bedecken, im großen und ganzen ist die deutsche Bourgeoisie viel zu profitlustig, um durchgreifende demokratische Reformen herbeizuführen. Politische Umgestaltungen bringen Unruhe, Unruhe bringt wirtschaftliche Unruhe und Mangel an Unternehmungslust — ergo läßt man alles beim alten. An den Toren aber pocht das immer stärker zum Bewußtsein kommende Proletariat. Jede denkschwache Reform kommt ihm zuerst zugute. So wundern wir uns nicht, daß der deutsche Bürgermadel in seinen politischen Einrichtungen nun bald hinter der Türkei rangiert.

Militarismus und Marinismus den Reichsbentel bis zur Neige geleert. Neue Steuern sollen Abhilfe schaffen. Aber heileibe nicht von den Reichen und Besitzenden, die doch einzig ein Interesse an der Erhaltung des bestehenden Zustandes haben. Nein, die breiten Massen sollen bluten. Und gelangt es auch nicht, mit direkten Steuern mehr herauszupressen, so wird die „altbewährte“ indirekte Brandschätzung gewählt. Von 500 Millionen sollten allerdings ganze 33 Millionen Nachlasssteuern (Erbchaftssteuern) sein. Aber dagegen löst nun das Junkertum wütend Sturm und bezeichnet diese Steuer als ein Attentat auf die Erhaltung der Familie.

Die Arbeiterklasse wird voraussichtlich im Jahre 1909 eine weitere erhebliche Preissteigerung zahlreicher Lebens- und Genussmittel über sich ergehen lassen müssen. Es dann auch noch nicht denjenigen die Neue ankommt, die bei der Surrawahl 1907 diesem Reichstag das Leben gaben? Wollten wir schadenfroh sein, so könnte man sagen: Wir haben's Euch voraus gesagt! Aber das gibt uns keinen Trost, sondern wir müssen jeden Wähler erneut bearbeiten, damit er selber sagt: „Einmal und nie wieder!“

Hat auch die Krise nicht in dem Maße wie in früheren Jahren die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu rückdrängen können, so ist doch in Anblich eine wesentliche Sammlung eingetreten. Die Bauarbeiterverbände und einige andere Kategorien verzeichnen nicht unbeträchtliche Mitgliedererfolge und die meisten Organisationen waren vermindert in ihrer Aktionslosigkeit. Wie verheißungsvoll in der fortlaufenden Ueberichten zeigen mußten, und die Streiks und Lohnbewegungen seltener geworden, die

Chancen für den Sieg der Arbeiter verbleibenden sich und der Hebermut mancher Unternehmergruppen ist unbeschreiblich.

Wir wünschen dringend, daß sich jeder denkende, jeder organisierte Arbeiter die Ausperrungsmanie der Unternehmer ins Gedächtnis schreibt! Die Ausperrung auf dem „Vulkan“ in Stettin wegen ein paar Hundert streikender Mieter, die geplante Ausperrung infolge des Mannheimer Streiks im Strebelwerk sind zwei rücksichtslos geführte Faustschläge ins Gesicht der Arbeiterklasse. Und wenn die Arbeiterführer schweren Herzens in beiden Fällen den Kampf aufhoben gegen den Willen der Streikenden, um größeres Unheil zu verhüten, so verdienen nicht sie den Vorwurf, sondern Staat und Gemeinde sind die Mitschuldigen der ausperrenden Industriellen, denn sie dulden diesen Terrorismus in des Wortes verwegenster Bedeutung. Sie dulden daß Tausende von Staatsbürgern mit einem Schläge zum Hungern verdammt sind.

Aber was nützt unser moralisches Eifern? Unsere Erpörung läßt Unternehmertum wie Staatsinstitution kalt. Wir können nur eine Lehre aus diesen Vorgängen ziehen: Mehr Machtentfaltung! Zeit Weichen der Zentralverbände, seit nahezu zwanzig Jahren kehrt der Gedanke wieder, durch Schaffung eines zentralen Streikfonds dem Unternehmertum auch einmal in solchem Falle eine Schlacht zu liefern, wo er den Frontangriff begünstigt. Bis jetzt haben sich besonders die großen Verbände dagegen gestraubt. Aber sie sind im gewissen Sinne am meisten an diesem Zentralstreikfonds interessiert. Der sollen wir eine Niederlage nach der anderen einstecken? Nur zähnschnitend gehen Lampesmutzige Truppen zurück vor dem Feind. Es muß einmal der Tag kommen, da alle organisierten Arbeiter die Zähne aufeinanderbeißen und sagen: „Nest gilt's! Euer Kampf, Euer Sieg ist der untrügliche! Haltet aus! Wir alle stehen hinter Euch!“

Gewiß ist nichts schwerer, als über werdende Möglichkeiten zu prophezeien. Wenn aber das neue Jahr wiederum den ungedämpften Hebermut des Unternehmertums in den vielgestaltigsten Auslagen erleben wird - und es wird ihn erleben - dann wird der Moment eintreten, wo die ganze Solidarität der deutschen Arbeiterklasse in die Schranken treten muß, ähnlich wie es gegenwärtig schon die skandinavischen Länder zeigen.

Nicht allzu vorbeikühnsvoll kündigt sich das neue Jahr an. Zwar läßt das zunehmende Geldangebot auf größere Pantätigkeit im kommenden Frühjahr schließen, was wiederum einen günstigen Rückschlag auf zahlreiche andere Industriegruppen bedeuten würde. Doch ist es einstweilen noch sehr gewagt, ein günstiges Prognosebild (Vorhergabe) zu stellen, zumal manche Anzeichen auch ungünstige Rückschlüsse zulassen.

Es wäre aber bei der gegenwärtigen Situation nichts verfehlter, als den Kopf hängen zu lassen oder gar die Fahnen flucht zu erheben, wie es hier und da Kleinläubigen passiert. Die gewerkschaftliche Organisation hat nachweislich Gewaltiges geschaffen für die deutsche Arbeiterschaft, sie hat in diesen streikreichen manchen geplanten Verschlechterung abzuwehren genutzt. Sie wird besser und macht voller wirken, sobald der feste Wille diese Organisationen weiter erstarren läßt. Das nur kann die weitere Lehre aus den wenn erregenden Vorgängen auf dem Wirtschaftsgebiete sein.

Unsere Forderung wäre unvollständig, wollten wir nicht gleichzeitig der regen politischen Betätigung, der politischen Organisation das Wort reden. Wer sich fortgesetzt durch seine Arbeiterpresse informiert, wer politisch seinen Pflichten mit Eifer nachgeht, der wird gewiß nicht verzagen. Für ihn mehr denn für die anderen paßt das Weibliche Wort:

Und wenn dir oft auch bangt und graut,
Als sei die Höl' am Erden,
Nur unverzagt dir selbst vertraut!
Es muß doch Frühling werden.

Wie werden in Schöneberg Arbeiterforderungen behandelt?

Am 2. September 1907 reichten die Schöneberger Arbeiter bei ihrem Arbeitgeber, dem Magistrat, folgende Forderungen ein: Einführung von Wochenlöhnen, unter Zugrundelegung der sechstägigen Arbeitswoche und Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit (Dreischichtensystem) für die kontinuierlichen Betriebe. Bezahlung der Heberstundenarbeit mit 50 Proz., der Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit mit 100 Proz. Aufschlag. Aufbesserung der Löhne für Handwerker und Vorarbeiter auf einen Anfangslohn von 26,50 Mk., steigend jährlich jede Woche um 2 Mk., bis zum Höchstlohn von 36,50 Mk. Für Arbeiter 25 Mk. Anfangslohn, steigend wie oben bis zum Höchstlohn von 35 Mk. Arbeiterinnen ein Lohn von 16,50 Mk. ohne Steigerung, und für die Wächter Anfangslohn 24 Mk., nach 5 Jahren 27 Mk. Des weiteren forderten die Arbeiter die Ausdehnung des Sommerurlaubs bei einer Dienzeit von 1-3 Jahren auf 7 Tage, von 5-7 Jahre auf 10 Tage und nach 7 Jahre auf 14 Tage.

Diese Anträge wurden durch den Arbeiterausschuß dem Magistrat unterbreitet. Der Magistrat ließ aus den in Frage kommenden Deputationen eine Unterkommission wählen, die die eben genannten Forderungen prüfen sollte. Bei der Wichtigkeit der gestellten Anträge erwarteten die Arbeiter, daß die gewählte Kommission sofort an die Prüfung herangehen werde. Dem war aber nicht so. Als bis zum 23. Mai 1908 die Arbeiter von den eingereichten Forderungen auch nicht das geringste hörten, nahmen sie in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu der Angelegenheit. In einer Resolution, welche dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zugesandt wurde, ersuchten die Arbeiter nimmehre doch wenigstens die Neuregelung der Löhne vorzunehmen.

Und der Erfolg blieb nicht aus. Nicht etwa, daß der Magistrat nimmehre in die Beratung eingetreten wäre; o nein! So schnell arbeitet man in Schöneberg am grünen Tisch nicht, wenn Arbeiterforderungen in Frage kommen. Wer die Arbeiter erfahren wenigstens, wie ihre Anträge von der Stadtverwaltung behandelt werden. Nachfolgendes Schreiben erhielten die Arbeiter von dem Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung:

Schöneberg, den 1. Juli 1908.

Auf die Petition vom 20. Mai cr., betreffs Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter, teile ich ergebenst mit, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 20. v. M. beschlossen hat, diese Petition dem Magistrat als Material zu überweisen, mit dem Ersuchen, dem Arbeiterausschuß über die Angelegenheit Kenntnis zu geben.

gez. Kobausen, Stadtverordnetenvorsteher.

Wie oben verprochen, so wurde gehandelt. Acht Tage später erhielt der Arbeiterausschuß folgendes Schreiben:

Schöneberg, den 9. Juli 1908.

Die Anträge auf Neuregelung der Lohnverhältnisse der Arbeiter haben umfangreiche Erörterungen erfordert. Das gewonnene Material ist zusammengestellt. Eine Sitzung der Kommission zur Beratung über diese Angelegenheit wurde zwar anberaumt, sie konnte jedoch wegen Beschlußunfähigkeit nicht abgehalten werden.

gez. Pergmann.

Also vom 2. September 1907 bis 1. Juli 1908 hatte die Kommission noch nicht ein einziges Mal getagt! Ja, als sie einmal zusammenberufen wurde, war sie beschlußunfähig. Jederfalls hätten die Herren Stadtväter wichtigeres vor, als sich mit Arbeiterforderungen zu beschäftigen. Bei anderen Gelegenheiten freilich kann man schneller arbeiten und auch schneller betwilligen, wir erinnern nur an die Doppelstunde.

Aber die Verwaltungen der Stadt Schöneberg trüben sehr gut, daß sie es ihren Arbeitern bieten können. Da ist die Mehrheit der Arbeiter für alle moralischen Alumbindereine zu haben, nur von der freien Gewerkschaftsorganisation wollen sie nichts wissen. Deram ist es auch kein Wunder, wenn auch jetzt, also nachdem 16 Monate ins Land gezogen sind, die Verhandlungen in der Kommission noch nicht abgeschlossen sind. Die Arbeiter können ja warten. Endlich aber nahm auch die Gewerkschaft der Schöneberger Kollegenchaft ein Ende. In einer Reihe von Betriebsversammlungen wurde beschlossen, die alten Forderungen des Vorjahres wieder aufzunehmen. Eine Erweiterung der Anträge trat nur insoweit ein, daß die Kollegen vom Krankenhaus, die Wärterinnen der Bedürfnisanstalten und die Schwerkraften des Rathauses und der Schulen ihre Anträge mit aufstellten.

Am 18. Dezember fand eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter statt über die wir bereits in Nr. 12 vorigen Jahrganges berichtet haben.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob endlich der Magistrat den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen wird. Unsere Kollegen werden freilich gut tun, sich nicht allzu großer Hoffnung hinzugeben. Von einer gewissen Seite wird darauf hingearbeitet, zu beweisen, daß die Beschwerde der Arbeiter eine „ungerechte“ wäre, „von kompetenter Seite“, so lautet nämlich das „Schöneberger Tagblatt“, „gibt uns die Ratsrat zu, daß die Behauptung, der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung hätten den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter tatlos gegenüber, nicht zutrifft. Im Gegenteil. Zieht an den Tagen, an welchem die Versammlung tagte, wurde den Arbeitern eine Lohnverhöhung von 25 Pf. pro Tag zugesichert“. Also, man freut wobei der Wind weht. Einige Tage später bringt daselbe Blatt einen ebenfallsartigen Artikel, in welchem es behauptet wird, daß die Behauptung, daß Schöneberg den niedrigeren Lohn zahlte, auch nicht zuträfe. Auch hier wird das Gegenteil behauptet. Natürlich wird auch hier der „Verweis“ dadurch erbracht, daß man den Tagelohn in Stunden-Lohn umrechnet!

Es wird hier sogar ausgerechnet und in Bruchteilen von Pfennigen „bewiesen“, Schöneberg zahlt die höchsten Stunden-Löhne. Nur in einem Fall wird es von Berlin überflügelt. In soweit treibt man die Dummheit, daß man schreibt, die Antragsteller hätten behauptet, daß Schöneberg die neunstündige Arbeitszeit habe. Nun, das haben die Antragsteller jedenfalls nicht. Es ist auch in der Versammlung nicht gesagt worden, daß die Stundenlöhne niedriger sind, sondern es war die Rede nur von Tag- und Wochenlöhnen. Und hier trifft das Gesagte vollinhaltlich zu. Folgende Zahlen bezeugen das:

Den ständigen Arbeitern bei der Straßeneinigung zahlt		
Schöneberg	3,50 Mk., steigend bis 4,25 Mk.	
Berlin	3,75	4,50
Charlottenburg	3,70	4,20
Neubrandenburg	4,00	4,25
Brandenburg	4,00	4,50

Also überall steht Schöneberg an letzter Stelle. Es erübrigt sich wohl, noch etwas hinzuzusetzen. Nur eines sei gesagt: Eine derartige Einführung der verkürzten Arbeitszeit auf Kosten der Arbeiter liegt nicht im Interesse der Letzteren. Denn werden alle Schöneberger Arbeiter auf dem Vorrat sein müssen um den Streik, den man in dieser Beziehung gegen sie führt, abzuwehren. Der beste Schutz ist die Organisation. Wäre sie in Schöneberg besser, so würden auch die Anträge der Arbeiter in anderer Weise behandelt werden. Ist es doch lediglich die Arbeit unseres Verbandes, daß die Forderung nunmehr in stärkerer Form von der Arbeiterschaft aufgenommen wurde. Sollten die Kollegen nun, daß endlich die Anträge Berücksichtigung finden, so ist es ihre Pflicht, sich unserem Verbands anzuschließen.

Die Aufgaben für die Kollegen der städtikölnischen Betriebe im neuen Jahr.

Welche Aufgaben ergeben sich aus den neuen Verhältnissen speziell für die Kollegen der städtikölnischen Betriebe? Dies sei kurz geschildert.

Vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß es bei der Durchführung der neuen Verhältnisse in erster Linie auf die Arbeiter selbst ankommt. Sie werden durch ihr Verhalten bestimmen darauf einwirken können, wie die neuen Paragraphen gehandhabt werden. Folgen sie durch rege Anteilnahme an den Besprechungen der Organisation, die jetzt vornehmlich auf die Durchführung der neuen Bestimmungen abzielt, so muß es nicht fehlen, daß offensichtlicher Verbesserungen aller Art Handhabung der einzelnen Paragraphen schnell abgeschlossen werden kann.

Wollt es hieran und die Kollegen verlassen die Regelung ihrer Angelegenheiten höheren Gewalten, dann wird sich dies bei gegebener Zeit bitter rächen. Mitarbeitend muß also die Parole lauten. Den einschlägigen Vorschlägen kann dies durchaus kein Grund sein.

Wünscht der Arbeiter, daß er ein Recht zur Beschwerde hat, so beschwere er sich. Nicht daß wir verlangen, der Arbeiter solle sich immer und unter allen Umständen beschweren. Jeder Kollege bedenke, daß der bestmögliche Zustand die Voraussetzung zu falschen Schlußfolgerungen gab. Immer die Klagen von den Vorgesetzten, nie oder nur selten eine Arbeitsbeschwerde. Kein Wunder, daß dann immer der Arbeiter das Marmel war.

Der Beschwerdeweg ist nach Anstaltsregeln der neuen Allgemeinen Bestimmungen ein einfacher, man schreibt direkt an den Direktor. Unser Zentralbureau ist gern erbotig, hierbei den Kollegen an die Hand zu gehen.

Wehr wie bisher müssen bei eventuellen Wünschen die Arbeiterausschüsse angegangen werden. Aber auch die Organisationsrat muß davon Kenntnis haben. Auf keinen Fall darf es vorkommen, daß organisierte Kollegen ihre Unterschrift zu Eingaben bereiten, die von einem Einzelmitglied unter Führung eines unwillkürlichen Komitees verbrochen werden. Diese „Vorgänger“, die keinerlei Aussicht auf Erfolg haben, machen den Verwaltungen unnötige Arbeit und schädigen die Arbeiter. Die Zeiten, wo man durch ein recht untertäniges Bittgeschrei Verbesserungen erzielen konnte, sind dahin. Nur ein festliches Wollen und Stämpfen verdrängen unsere künftigen Erfolge.

Von Arbeiterausschüssen haben eine Reihe wichtiger Aufgaben. Die Arbeitsordnungen der einzelnen Betriebe müssen den „Allgemeinen Bestimmungen“ angepaßt, also umgewandelt werden. Bei dieser Gelegenheit muß versucht werden, etwaigen Mängeln der jetzt bestehenden Arbeitsordnungen abzuhelfen. Verbesserungsanträge müssen gestellt und — das die Hauptsache ist — alles muß gut vorbereitet werden. Die Ausschüsse werden gut tun, sich dahin zu verständigen, die Lohnperioden einheitlich zu gestalten. Es muß dahin getrebt werden, daß alle Arbeiter möglichst an einem Tag Zahlung haben. Da die Ausschüsse nunmehr bei Umänderung in im Lohn- und Arbeitszeitverhältnis gebildet werden müssen, so ergibt sich voraus für jedes einzelne Arbeiterauschussmitglied ein größeres Maß von Verantwortung. Sie werden Anforderungen, die in Zukunft an sie gestellt werden, um so eher gerecht, je mehr sie aus der Geschichte der Gemeindegewerkschaft gelernt haben. Also lernen, damit man ein wissendes Mitglied des Arbeiterausschusses abgibt und nicht da zu sitzen braucht, wie ein Stiefisch, wenn es gilt, Rede und Antwort zu geben. Bei der Wahl des Obmannes muß mit äußerster Vorsicht verfahren werden, sind doch die Obmänner diejenigen, die zusammen den General-Arbeiterausschuß bilden. Wichtig ist es, daß die Arbeitervertreter alle Zusagen und Konventionen befolgen, zu der sie von der Organisation eingeladen werden. Im übrigen ist es schmerzhaft, daß sie sich die verschiedenen Bestimmungen genau einprägen, um ihren Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können.

Wohlgemerkt ist auch, daß uns die Kollegen von den Arbeiterausschüssen geeignete Mitteilungen zu geben lassen, wenn von dieser Seite irgend welche bedeutungsvolle Aktionen geplant sind, wie es überhaupt die Arbeiterausschüsse es sich angelegen sein lassen müssen, noch mehr als bisher mit der Organisation Hand in Hand zu arbeiten. Dasselbe gilt auch von den Vertretern in den Betriebskrankenkassen.

Nach in letzter Linie muß auf den Ausbau unseres Verbandes Wert gelegt werden. Wenn wir auch stolz darauf sein können, unserem „sozialdemokratischen“ Verband anzugehören, in „Deutschen Heim“, der Hauptstadt der christlichen Gewerkschaften, einen bedeutungsvollen Einfluß verschafft zu haben, so muß andererseits an das Schwächende hingewiesen werden, daß noch so viele Kollegen jenseits der Organisation existieren. Hier mit anzusetzen muß Obrenspflicht jedes organisierten Kollegen sein. Tatsache ist ja, daß wir, obwohl außer den christlichen Obren, unter der Arbeiterschaft keine Freunde haben. Überall erkennt man die feigenen Arbeit unseres Verbandes an, aber die Konjunktur zu geben und ihm als Mitglied beizutreten, dazu rührt die Mehrheit des städtikölnischen Landarbeiters in den weitaus meisten Fällen nicht. Hier nachzusehen, die letzten Zweifel zu beseitigen und das letzte Wort erst zu sprechen, das kann und muß jeder Verbandskollege gewagt bringen.

Arbeiter will in diesem Sinne, dann kann es auch zukünftig an Erfolgen nicht mangeln. Viel schon haben wir erreicht, mehr noch müssen wir erstreben. Auf zur Tat!

Die neue Arbeitsstatzung in Mülhausen.

In seiner Sitzung vom 23. November hat der Gemeinderat der Stadt Mülhausen ein in vom Bürgermeisterrat ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Dienst- und Lohnordnung genehmigt. Der Entwurf, der der der städtische Arbeiterausschuß und unter anderem mitgewirkt hatte, lag der vor nahezu zwei Jahren (1) von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion eingereichte der Entwurf zugrunde.

Nun läßt sich selbstverständlich ein abschließendes Urteil nicht abgeben, solange nicht die Ausführungsbestimmungen zur Arbeitsfassung sowie die Arbeitsordnungen für die einzelnen Betriebe und der Lohnsatz ebenfalls beschlossen sind; ebensowenig läßt sich eine größere Kritik an den einzelnen Punkten üben, da die einzelnen Paragraphen noch sehr ergänzt werden dürften. Immerhin sollen die wichtigsten Neuerungen, durch welche verschiedenen sehr berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird, kurz vermerkt sein.

Zunächst wird bestimmt, daß die Arbeitsfassung die Stelle eines zwischen der Stadtverwaltung und jedem ihrer Arbeiter abzuschließenden Arbeitsvertrages vertritt und daß dieselbe, mit Ausnahme der Kostlandsarbeiter, für alle Arbeiter gilt. Dadurch wird der seitige, vielkämpfte und äußerst ungerechte Begriff der „unabhängigen“ Arbeiter beseitigt und alle Arbeiter werden in bezug auf Rechte und Pflichten gleichgestellt. Damit ist Schmarotzereien und Vorkommen der Arbeiter, auf der anderen Seite Pönalstrafenverfahren der Vorgesetzten der Boden entzogen, sicher nicht zum Nachteil der Stadtgemeinde. Privatarbeiten für städtische Beamte durch städtische Arbeiter werden untersagt. Tinkgläser für dienliche Leistungen zu verlangen, ist verboten. Zur fern Sandwertzeug und seine ihm gestellten Geräte ist der Arbeiter während der Arbeitszeit haubar. Eine Anzahl weiterer Lebensvorschriften sind allgemeiner Natur und brauchen nicht besonders hervorgehoben werden. Weitergehende, durch die Eigenart der Betriebe nötige Vorschriften sollen nach Anhörung des Arbeiterausschusses erlassen werden. Ebenfalls ein Heiner Fortschritt, da die Arbeitervertreter die Bedürfnisse des Betriebes auch genau kennen und dabei die Wünsche der Arbeiter vorbringen können.

Dienliche Beschäftigungen werden mit den bisherigen Strafen, Verwarnung, Aufsetzung in eine niedrigere Lohnklasse sowie Entlassung geahndet, zu welchen jetzt noch Geldstrafen bis zu einem Drittel des Tagelohnes treten, um den Unterschied von Verwarnung zur Milderung etwas auszugleichen. Anderes Erachtens waren die Strafbestimmungen überhaupt überflüssig. Es sollte einer verständigen Verwaltung mit charakteristischen Vorgesetzten möglich sein, auch ohne Strafen mit der Arbeiterkraft auszukommen.

Das Beschwerderecht ist inwieweit wesentlich verbessert, als der Bürgermeister eventuelle Beschwerden selbst und zwar nach Anhörung einer Kommission von zwei Mitgliedern unter Zustimmung des Beschwerdeführers verhandelt. Ein Mitglied dieser Kommission ist von der zuständigen Gemeinderatskommission, das andere vom Arbeiterausschuß bestimmt.

Die Arbeitszeit für Schichtarbeiter beträgt 8 Stunden, wie bisher. Außerdem sollen Arbeiter mit besonders schmutzigen Arbeiten nicht länger wie acht Stunden täglich beschäftigt werden. Das Schwerkraft liegt hier darin, was als schmutzige Arbeit betrachtet wird! Besonders zeigen hier die Betriebsvorstände sozialdespotische Verhältnisse und versuchen nicht, wie dies beim Wasserwerk der Fall zu sein scheint, wegen früherer Unannehmlichkeiten die Arbeiter zu schädigen.

Zu übrigen bleibt die 9-stündige Arbeitszeit. Der Gemeinderat hat sich zu der sozialen Tat der von den Sozialdemokraten wiederholt beantragten Arbeitszeitverkürzung auf 9 Stunden nicht aufschwingen können, und an den städtischen Gewerkschaften im Gemeinderat wird für immer die Schmach hängen bleiben, zu einer Zeit, als die Durchföhrung dieses Fortschritts im Gemeinderat mit Hilfe der vorhandenen starken sozialdemokratischen Minderheit möglich war, diesen Fortschritt zum Schaden der gesamten Wühlhaufen Arbeitererschaft — vielleicht für lange hinaus — verhindert zu haben.

Der Feiertagsplan wird nach Anhörung des Arbeiterausschusses festgelegt. Der Arbeitsschluß am Samstag und den Verabreden von hohen Festtagen wird verbessert und mehr gesichert. Feiertagsmorgens Sonntagserweitert mit nach Anhörung des Arbeiterausschusses festgelegt. Der Lohnsatz wird auf alle Arbeiter, mit Ausnahme der nicht vollqualifizierten, festgelegt. Die Kostvollentungsfähigkeit wird genau prägnant. Saisonarbeiter werden während der periodischen Unterbrechung ihrer Berufsarbeit in die niedrigste Lohnklasse versetzt. Jeder gelang es nicht, diese nachteilige Bestimmung zu verhindern.

Der Arbeitslohn wird achttagig, am Freitag, ausbezahlt. Die militärischen Leistungen werden der Lohn fortgesetzt. Die Ferienbegleichung wird verbessert, ebenso die Bezahlung des Krankengeldanspruches. Das Arbeitsverhältnis wird durch Auslösung der Bezahlung während einer Krankheit oder Krankheit geschützt. Der Urlaub ist — entgegen den sozialdemokratischen Anträgen und

selbst gegen den bestehenden Zustand — gang bedeutend verbessert.

Der Anspruch auf Ruhe-lohn tritt nach 10 Jahren, statt wie bisher nach 20 Jahren, ein. Der Ruhe-lohn selbst bleibt wie bisher, soll jedoch nicht unter 300 Mk. betragen. Das Ruhegeld beträgt 40 Proz. des Ruhelohnes und mindestens 240 Mk. Das Ruhegeld bleibt so ziemlich wie bisher. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird durch eine vierwöchige, bei Arbeiterausschlußmitgliedern dreimonatliche Mündigungsfrist mehr gesichert. Vorübergehend oder probeweise Beschäftigte haben wöchentliche Mündigung. Die zulässige Dauer der vorübergehenden Beschäftigung wird auf 14 Tage fixiert. Zur Unterstützung vorübergehend in Not gekommener Arbeiter wird ein Unterstützungsfonds gebildet, zu dem die Stadtkasse jährlich 3000 Mk. leistet und wozu dem Arbeiterausschuß das Vorschlagsrecht für die einzelnen Unterstützungsfälle eingeräumt ist. Das Arbeiterausschlußreglement wird ebenfalls wesentlich abgeändert. Zu erledigen sind noch die Ausführungsbestimmungen zur Arbeitsfassung, der Lohnsatz mit Ausführungsbestimmungen, die Arbeitsordnungen für die einzelnen Betriebe, die Feiertage, Saubere und Schmutzkleiderordnung. Alles in allem ist, abgesehen von einigen Verschlechterungen, die aufsteigende Tendenz der Arbeitsfassung unbestreitbar. Können wir, daß auch bei den noch zu erledigenden Sachen diese Tendenz beibehalten wird, es wird sicher nicht zum Nachteil der Stadtgemeinde und ihres Rufes ausfallen.

Dresdens Haushaltplan für 1909.

Der Bewilligung für den Haushaltplan der Stadt Dresden auf das Jahr 1909 weist in der Endsumme von 43 371 945 Mk. gegen das Vorjahr eine Steigerung von 2 344 185 Mk. auf. In einem Begleitföhrer wird dazu u. a. folgendes bemerkt:

Wenn der Haushaltplan für 1909 sich, ohne daß der Satz der Einkommensteuer bei der Stadtgemeinde (62 Proz.) oder bei der Stadtgemeinde (53 Proz.) erhöht worden ist, in Einnahme und Ausgabe ausgleicht, so ist dieses Ergebnis vom Massenausgleich nicht ohne Mühe erreicht worden. Es hat dazu der Zurückhaltung einer ganzen Anzahl an sich wünschenswerten Ausgaben bedurft, deren Notwendigkeit nicht genügend darzulegen war. Erleichtert wurde die Herstellung des Gleichgewichts vor allem durch den hohen Betriebsüberschuß des Jahres 1907 und das Steigen des Einkommenssteuerertrages, erichert durch die Ausfälle bei der Wegveränderungsausgabe und beim Vabwerke. Die Zuschusspositionen und die Ausgaben bei den Heberischüssen gegen fast ausnahmslos eine starke Neigung zum Anwachsen; vor allem sind es die persönlichen Ausgaben (Erfoldnungen der Beamten und Köhnen), welche von Jahr zu Jahr größere Opfer erfordern. Der Zuwachs an Befoldnungen und Köhnen, der im wesentlichen auf das Steigen der Dienstalterszulagen zurückzuführen ist, beträgt für das Jahr 1909 allem 583 000 Mk. Davon entfallen 212 311 Mk. auf die städtischen Betriebe.

Man wird da mit großen Zahlen herum, wenn man aber weiß, wie viele sich da hinein teilen müssen und wenn man weiter weiß, daß die Sätze der Lohnsätze sich zwischen 35 und 40 Proz. für die Stunde bewegen, so erhält die Sache ein anderes Aussehen. Doch sehen wir einmal die Heberischüsse der städtischen Betriebe an. So sollen die Gaswerke allem 3 249 023 Mk. gegen 1908 2 077 719 Mk. mehr Heberischüsse bringen. Das sind circa 34 Proz. der gesamten Ausgaben, die mit 9 448 064 Mk. eingeklebt sind! Von den Elektrizitätswerten erwartet man 563 957 Mk. Heberischüsse. Wir meinen, daß bei solchen Posten auch den Arbeitern etwas mehr zugewandt werden kann! Der städtische Grundbesitz soll 1 111 941 Mk. Reingewinn abwerfen. Als größte Einnahmequellen der Stadt kommen dann weiter in Betracht: Einkommenssteuer 4 586 000 Mk., indirekte Lebensmittelssteuer 2 067 119 Mk., die am 1. April 1910 wegzulassen müssen, Grundsteuer 7 38 000, Bürger und Einwohnersteuer (20 000), Reichsbeitrag vom Grundbesitz 600 000, die Hälfte vom Straßenbahnüberschuß 300 000, von der Straßenbahn für Benutzung der Straßen 312 845, Marktschall 1 055 500, Hundsteuer 116 950 Mk. Die übrigen Heberischüsse bestehen aus kleineren Summen. Insgesamt ergeben die Heberischüsse 15 656 Mk. mehr als im Vorjahr.

Es heißt dann in dem Begleitföhrer des Rates weiter:

Ausdrücklich müssen wir bemerken, daß der Haushaltplan Einkommenssteuer für die auf Veranlassung der Reagen von Beamten und Gehören gerichteten Wünsche der geehrten Stadtverordneten — mit Ausnahme der bei der Straßenbahn vorgeschlagenen 120 000 Mk. — nicht enthält. Das Gehörte des Rates wird die geehrten Stadtverordneten in dem überzeugen, daß die gegenwärtigen Einkommens der Stadt für umfangreiche Befoldnungserhöhungen keine Deckungsmöglichkeit bieten. Das von den Stadtverordneten vorgelegte Ersuchen um eine allgemeine Aushebung der Gehälter,

das ohne beträchtliche Kosten nicht erfüllbar ist, setzt daher zunächst eine Verständigung darüber voraus, welche neuen Einnahmequellen eröffnet werden sollen. Daß durch die Schaffung neuer Einnahmen der Ertrag der wegfallenden indirekten Abgaben nicht gefährdet werden darf, liegt auf der Hand; wir behalten uns vor, auf diese Frage zurückzukommen."

Der nächstjährige Etat ist also recht gespannt und nimmt keine Rücksicht auf neue unvermeidliche Ausgaben. Durch höhere Ueberschüsse sucht man die erhöhten Bedürfnisse zu decken, damit ja keine Erhöhung der städtischen Steuern eintritt, um mit anderen Worten, die Besitzenden nicht zu belästigen. Hierbei kommen der Stadtverwaltung die hohen Betriebsüberschüsse aus früheren Jahren sehr zuillaten. Diese sind mit 185 000 M., das sind gegen das Vorjahr 27 750 M. mehr, eingestellt worden. So wird mit Mühe und Not die eigentlich notwendige Erhöhung der direkten Steuern umgangen. Allem Anscheine nach soll auch im nächsten Jahre eine doch so dringend nötige Erhöhung der Grundlöhne der städtischen Arbeiter nicht erfolgen! Doch warten wir's ab.

Die Nachteile des Gas- und Elektrizitätssteuergesetzes.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat dem Reichstag eine Denkschrift zugeworfen, in der gegen den Entwurf eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes Stellung genommen wird. Die Denkschrift faßt ihr Urteil dahin zusammen:

Die Steuer von Gas und Elektrizität in der vom Reichstagsamt geplanten Form ist unzulässig, denn sie erschwert die Produktionsmöglichkeit und den Fortschritt der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, nimmt auf die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen und auf die Ertragskraft ihrer Betriebe keine Rücksicht, trifft proportional am härtesten den gewerblichen Mittelstand und die Geringverdiener, schädigt in hervorragendem Maße die deutsche Landwirtschaft, greift nur zwei Energieformen heraus, welche nur etwa ein Fünftel der gesamten verbrauchten Energie repräsentieren, bindet die Ausnutzung der Wasserkraft, wie die Erbauung von Fallpfeuern, während Dampfstraßenfahrzeuge bleibt, unterbindet die Beseitigung der Rauch- und Staubbelästigung in den großen Städten, kann mit dem Hinweis auf die Besteuerung des Petroleum nicht begründet werden, da auch dieses durch die Steuer verleert wird, drängt die in hohem Maße zu entwickeln, in ihrer Entwicklung gar nicht absehbare elektrochemische Industrie in das Ausland, beruht auf der irrigen Voraussetzung, daß die elektrischen Zentren und die Gaswerke in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewinnbringende Unternehmungen seien, schließlich die Möglichkeiten aus, dem Bedürfnisse entsprechend beide Steuerberechnungen anzuwenden zu können, und bedeutet für die vorgerannten Anlagen eine enorme Schädigung.

beruht zum großen Teil auf Verrechnung der Selbstkosten, die mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, belastet die öffentliche Beleuchtung sowie die öffentlichen Zwecke im engeren Sinne dienenden Einrichtungen, wird auch von den Verlusten erhoben,

gefährdet die weitere Ausgestaltung des Straßen- und Kleinbahnwesens und die damit Hand in Hand gehende Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den großen Städten, macht der Beleuchtungsmittelindustrie den Fortbestand zum Teil fast unmöglich,

erfordert für die Erhebung, Festsetzung und Kontrolle der Steuer Vorschriften, die als fortgeschrittene Quelle von Schwierigkeiten die deutsche Industrie allein schon auf das empfindlichste schädigen, bedarf für Einhebung eines technisch entsprechend gebildeten, gut geschulten Personals, für welches ein unverhältnismäßig hoher Aufwand nötig wird,

läßt sich entweder gar nicht oder nur unter schwerer Beeinträchtigung wichtiger öffentlicher Interessen abwägen,

muß daher von den deutschen Städten, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Besitze von Gasanstalten und zum großen Teil auch Eigentümer von Elektrizitätswerken sind, unter ungleicher Belastung der Gesamtheit der Umlagepflichtigen auf Gemeindefiskus übernommen werden und verschlechtert deren wirtschaftliche Lage, die mindestens ebenso ungünstig ist wie diejenige des Reichs, zugunsten des letzteren in verstärktem Maße.

steht mit ihrem Reinertrag in keinerlei Verhältnis zu der enormen Schädigung, die sie dem deutschen Volke zufügt.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages stellt daher an den Reichstag die Bitte, den Entwurf eines Gesetzes für eine Gas- und Elektrizitätssteuer abzulehnen.

Eine ganze Reihe weiterer Korperationen hat inzwischen in ähnlicher Weise Stellung gegen den Gesetzesentwurf genommen. Der Reichstag wird also im neuen Jahr viel Material vorfinden, das der Licht- und Kraftsteuer widerspricht. Es hat auch bereits den Anschein, als wolle sich die Regierung mit dem Sachverhalte dieses Steuerprojektes abfinden, doch hängt dies wesentlich von der Haltung der bürgerlichen Parteien ab, die oft genug nicht mit Unrecht als Bewilligungsmaschinen bezeichnet worden sind!

Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Ueber die Unfallversicherung der bei Friedhofarbeiten Beschäftigten bestehen vielfach Zweifel. Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung ist das Aushalen und Zuschütten der Gräber nicht verbietet. Anders mit den Arbeiten zur Errichtung einer gewöhnlichen Gruft, eines Gewölbes oder eines ähnlichen festen Begräbnisraumes, eines Erbegräbnisses und dergleichen. Werden diese von Unternehmern solcher Arbeiten ausgeführt, so liegt ein Versicherungspflichtiger Vaubetrieb vor, und die dabei beschäftigten Personen sind gegen Unfall versichert. Auch die Aufstellung von Grabdenkmälern und Grabsteinfassungen ist verbietet, wenn sie von berufsmäßigen Unternehmern, z. B. Steinbauern, ausgeführt werden. Soweit es sich um die gärtnerische Ausschmückung und

Vom Ursprung des Lebens.

Von W. D. Waage (Friedrichshagen).

(Nachdruck
verboten.)

Wenn wir in der Erdgeschichte um Jahrmillionen immer weiter zurückgehen, so treffen wir auf den Zeitpunkt, da die Erde ein feuerflüssiger Körper war und unmoalich Leben beherbergen konnte. Wo ist dieses nun hergekommen? Es wäre möglich, daß nach der Abkühlung der feuerigen Erdmasse das Leben von außen herüber auf unsere Erde gelangt wäre. Einzelne Forscher haben das in der Tat angenommen, indem sie glauben, daß durch die Meteorite das Leben auf die Erde übertragen worden sei. Aber hat man es nicht, es sei doch kaum möglich, daß jarte Organismen die eifige Kälte des Weltraums vertragen, und hierauf die Glühbirne, die in dem Meteor entleht, wenn er beim Passieren der Erdatmosphäre sich an derselben reibt. Doch ist dieser Einwurf nicht ganz berechtigt. Im Innern von Meteoriten hat man öfters Moleküle und sogar Erbe gefunden, und wenn diese das Feuer ihres Trägers vertragen, so kann man das auch von der lebendigen Substanz annehmen. Auch darin, daß die Meteorite kein Wasser und keine Nahrung bieten, liegt kein Grund, die Vorstellung von der Hand zu weisen, daß sie Leben enthalten können. Mönnen doch auch Samenkerne lange ohne Wasser und Nahrung ausbleiben.

Man hat ferner gesagt, daß diese sogenannte „kosmozoentheorie“ die Frage nach der Entstehung des Lebens gar nicht beantwortet, sondern nur hinausschiebt. Denn, wenn das Leben von einem anderen Stern herüber, so müßte man wieder fragen, wie es da entstanden sei. Aber auch das ist nicht richtig. Man kann sagen, daß das Leben auch auf jenem anderen Stern nicht entstanden, sondern auch auf ihm von anderswoher gebracht wurde. Kurz, man kann die Ueberzeugung hegen, daß die lebende Substanz seit Ewigkeit her existiert, ebenso wie die Materie und ihre Be-

wegung. Mit dieser Theorie, daß das Leben keinen Anfang habe, weil es ewig sei, ist denn nun natürlich auch die Frage nach seiner Herkunft beantwortet.

Es gibt aber schlagendere Sätze, die man gegen die Kosmozoentheorie angeführt hat. Zunächst sehen wir, daß die Pflanzen täglich lebende aus anorganischer (unlebender) Materie aufbauen. Wenn aber lebende Substanz heute noch entstehen kann, dann wird sie wohl nicht fort existieren da sein. Und noch weniger werden wir an die Ewigkeit der organischen Substanz glauben, wenn wir bedenken, daß ja in einemfort Organismen vernichtet werden. Von einer ewigen Rasse sollte man doch verlangen, daß sie unverwundbar sei. Die anorganische Substanz, die ewig ist, kann nicht vernichtet werden, sie wandelt sich, man kann mit ihr machen, was man will, immer in andere anorganische Substanz um, und sie ist ja nach unserer Vorstellung auch ewig. Anders die lebende Rasse. Diese kann als lebende Substanz vernichtet werden, und sie wandelt sich dabei nicht in andere lebende, sondern in leblose Substanz um.

Da wir täglich mit unseren Augen sehen, wie lebende Substanz aus lebloser entleht, und wie sie sich wieder in diese umwandelt, so kann man auch annehmen, daß ihre erste Entstehung aus anorganischer Materie gewonnen hat. Um so mehr darf man das, als man noch kein Element gefunden hat, das sich ausschließlich in der lebenden Substanz findet und sonst nirgends. Es ist kein prinzipieller Unterschied zwischen den Eiweißkörpern, an denen wir die Lebensbedingungen wahrnehmen, und den anderen Verbindungen. Endlich wissen wir, daß alles Komplizierte aus Einfacherem entstanden ist, und unsere ganze Naturwissenschaft gründet sich auf diese Tatsache. Es wäre ein allen Erfahrungen widersprechender Fall, wenn es plötzlich chemische Verbindungen gäbe, die nicht aus anderen entstanden wären, sondern gewissermaßen

Pflege von Gräbern handelt, kann das Vorliegen eines landwirtschaftlichen Betriebes und damit die Versicherungspflicht der Beschäftigten angenommen werden, wenn die Arbeiten größeren Umfang haben; insbesondere, wenn dabei besondere Personen ständig beschäftigt werden. Die Beförderung von Sägen auf dem Friedhof zu den Leidenhallen und den Gräbern und die Einsetzung in die Gräber usw. sind nur dann versicherungspflichtig, wenn sie sich als Teil eines sonstige versicherten Betriebes, z. B. des Sägewerkes, darstellen, oder wenn es sich um Hilfsleistung andrerweit, z. B. im gärtnerischen Betriebe, versicherten Personals handelt.

Innere Krankheiten nach Verletzungen. Seit dem Bestehen der staatlichen und privaten Unfallversicherung sind eine große Anzahl innerer Krankheiten beschrieben worden, die mit mehr oder minderer Vereinfachung auf vorausgegangene Verletzungen zurückgeführt werden können. Es gibt kein Organ, das nicht nach einem Unfall gelegentlich erkranken kann. Oft stellt sich eine innere Erkrankung nach einer auffallend geringen äußeren Gewaltwirkung ein, so daß man im Zweifel sein kann, ob die Verletzung tatsächlich die Ursache der inneren Erkrankung ist. So sieht man z. B. Lungenschwindsucht oder Lungen nach derartigen Fällen auftreten. Man muß sich dann das Zustandekommen in der Weise erklären, daß der Krankheitsprozeß bereits im Körper schlummerte, ohne Symptome zu machen, daß aber die äußere Verletzung genügt, um ihn sofort mit aller Lebhaftigkeit in die Erscheinung treten zu lassen. Oft bildet sich längere Zeit nach der Verletzung eine innere Eiterung, auch wenn gar keine äußere Verletzung sichtbar ist, so Eiterungen der Leber, der Niere, der Milz, Bauchfellentzündungen usw. Man muß in diesen Fällen annehmen, daß das Organ von vornherein eine verminderte Widerstandsfähigkeit besitzt, so daß die zur Eiterbildung nötigen Bakterien, die sich irgendwo in der Nähe befinden, leicht in das Organ eindringen können. Was die Wunde anlangt, so kann durch die Verletzung ein Giftstoff ausgetreten werden, der an der verletzten Stelle zum Ausbruch kommt. Viel umstritten ist die Frage, ob auch Giftstoffe, namentlich die bösartigen wie Streptokokken, auf Verletzungen zurückgeführt werden können. Die Ansichten der Ärzte sind in dieser Frage geteilt. Viel Schwierigkeiten machen auch die oft nach Verletzungen auftretenden krankhaften Störungen des Nervensystems, namentlich der Zustand der sog. „traumatischen Neurose“. Man versteht darunter einen bei hysterisch und neuropathisch veranlagten Personen, infolge des durch den Unfall gelegten Schreckens auftretenden Zustand nervöser Zerrüttung, der zu jeder weiteren Arbeit unfähig macht. Doch ist dabei niemals mit Sicherheit zu konstatieren, wieviel auf Ueberreizung und wieviel auf tatsächlicher Krankheit beruht.

Notizen für Gasarbeiter.

München. Ein erfreuliches Resultat und damit einen Beweis guter Disziplin brachte uns die Wahl der Vertreter zur Betriebskrankenkasse der Gasarbeiter am 7. und 10. Dezember v. J. Bei 1215 wahlberechtigten Massenmitglidern wurden insgesamt 926 Stimmzettel abgegeben, und zwar 822 unveränderte, 96 abgeänderte und 8 gewerkschaftliche Listen. Die Zahl der auf unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen schwankt zwischen 841 und 914. Bei der Erstwahl wurden 737 Listen ausgegeben. Davon waren 723 un-

verändert, 8 geändert und 8 gewerkschaftliche Listen. Infolgedessen sind sowohl die 50 Massenvertreter als auch die 25 Erstwähler gewählt, wie sie verbandsförmig aufgestellt wurden.

Abschluß der Berliner Gaswerke. Der Reingewinn der städtischen Gaswerke Berlin für das abgelaufene Etatsjahr beläuft sich auf rund 7,5 Millionen Mark, das sind rund 8000 Mark weniger als 1906/07. Aus den Nebenprodukten betrugen die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahre rund 1,4 Millionen Mark, die hauptsächlich aus den höheren Preisen für Holz und dem starken Absatz erzielt worden sind. Der Gewinn auf den Absatz von Gas wäre ein höherer gewesen, wenn die Kohlenpreise sich auf der gleichen Höhe gehalten hätten. Es wurden nicht weniger als 100.000 Tonnen englischer Kohlen verbraucht. Auch in diesem Jahre mußten wieder große Mengen an englischen Kohlen eingeführt werden und für nächstes Jahr sind abermals in englischen Kohlen große Abschlüsse notwendig geworden.

Der Kohlenverbrauch hat im Jahre 1907 2 Millionen Kubikmeter betragen. Die deutsche Luftschiffahrt verbrauchte fast ein Viertel der Menge (496.419 Kubikmeter), Frankreich fast ebensoviel. Dann folgt England mit 23.851 Kubikmetern.

Aus den Stadtparlamenten.

Berlin. Der Neunhunderttag ist in der letzten Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation für die von der Deputation beschäftigten Arbeiter einschließlich der auf Steinplätze und der Chausseearbeiter beschlossen worden.

Berlin. Nur der Direktor tausend Mark Zulage, für die Arbeiter — nichts, das in das Ergebnis der Beratung des Vieh- und Schlachtbesetzungs-Etats, den das Mutatorium zu erwerben hatte. Nachdem die Beratungskommission mit allen Stimmen gegen die eine Stimme des sozialdemokratischen Mitgliedes alle Punkte der Arbeiter abgelehnt hatte, war bei der Zusammenziehung des Mutatoriums nichts anderes zu erwarten, zumal da der Magistrat den einzelnen Verwaltungen bezüglich der Arbeiterlohne eine bestimmte Richtschnur vorgeschrieben hatte. Mit Entlohnungsausschüssen wurden die Kommissarien beauftragt, und zwar vom Direktor abwärts in der Weise, daß die Aufbesserung, je näher der einzelne diesem höchsten Stand, desto reichlicher ausfiel und andererseits desto dürftiger wurde, je tiefer es hinabging, bis schließlich für die Arbeiter — nichts übrig blieb. Gar nichts! — Bardon, doch — etwas! Den Hilfskomplexen wurde eine Zulage von fünf Pfennig pro Stunde bewilligt, aber erst nach langen Debatten der Beratungskommission. Das sozialdemokratische Mitglied der Kommission hatte mit Rücksicht auf die besonders schlechte Bezahlung dieser Angestellten 10 Pf. Zulage empfohlen, und man konnte auch die von seinem Vertreter vorgebrachten Gründe nicht übersehen. Aber „mit einem Male 10 Pf.“ sei, so wurde erwidert, „doch zwei!“ Gewiß, die Hilfskomplexen könnten ja übermäßig werden, wenn man sie so freigebig entlohnen wollte! Erwähnen wollen wir noch, daß auch den Bodenarbeitern ein wenig Entlohnungserweiterung erwiesen wurde. Auch sie sollen nun endlich den Neunhunderttag bekommen. Das ist aber alles, was aus dem „guten Herzen für die Arbeiter“, das in der Brust der Stadt-

zusammenhanglos mit der ganzen Natur für sich seit Ewigkeit dastunden.

So werden wir denn durch viele Ueberlegungen zu der Forderung gedrängt, daß das Leben auf unserer Erde entstanden sei. Und da es auf unserm Planeten immer nur anorganische Materie gegeben haben kann, so muß das Leben aus dieser hervorgegangen sein; denn aus nichts kann es sich nicht gebildet haben. Dieser Satz wird nicht etwa dadurch umgestoßen, daß man sagt, es sei jetzt noch nie gelungen, lebende Substanz oder gar Tiere künstlich zu erzeugen. Wie könnte man hierbei auf ein Resultat hoffen, wo man weder den Bau des lebenden Erwerkes kennt, noch die Stoffe, durch die es zustande kommt. Und wenn noch niemand lebende Substanz hergestellt hat, so zeigt das doch nur, daß auf die verübte Weise das Experiment nicht gelangt, es ist damit aber keineswegs gesagt, daß es nicht andere, unbekannte Methoden gibt, durch die lebendes Erzeugnis hergestellt werden kann. Nur, daß die Versuche, lebende Substanz zu schaffen, bisher mißlungen sind, ist eigentlich selbstverständlich, denn diese Versuche sind bei unserem Stand der Kenntnisse vom Leben nur Schüsse ins Blaue.

Es wäre ja auch möglich, daß das Leben auf der Erde nur entstehen konnte, wenn diese in einem ganz bestimmten Zustand ihrer Entwicklung sich befand, der längst vorüber ist. Damit wäre dann jegliche Möglichkeit, noch heute Leben zu erzeugen, ausgeschlossen. Und in der Tat hat der berühmte Naturforscher Huxley eine derartige Theorie aufgestellt und wohl begründet. Er meint, daß die Anfänge zum Leben nur entstehen konnten, als die Erde ganz oder noch teilweise im feuerflüssigen Zustande war. Damit wäre dann die uralte Lebt, daß das Leben aus dem Feuer entstanden, wieder zu ihrem Recht gekommen.

Nach kann leider nicht im einzelnen auf die sehr einleuchtenden Huxley'schen Theorien eingehen, da sie eingehende chemische Kennt-

nisse voraussetzen. Nur im allgemeinen will ich ihren Gang vorführen.

Es gibt bestimmte, komplizierte chemische Verbindungen, die Guanverbindungen, die leicht zerfallbar sind und sehr viele Nebenwirkungen mit der lebenden Substanz besitzen. Diese Verbindungen entstehen nur in der Gluthitze. So mögen sie auch, als die Erde noch auf der Oberfläche unerlösbare Gluthitze besaß, sich gebildet haben. Infolge ihrer leichten Zerfallbarkeit traten sie bald in Wechselwirkung mit den anderen Verbindungen. Und als der Wasserdampf sich auf der Erde niederschlug und die Anfänge der Wasserflächen entstanden, gingen die Guanverbindungen auch mit dem flüssigen Element und den darin gelösten Salzen Verbindungen ein, und dadurch entstanden die lebenden Erwerkörper. Diese waren zuerst noch sehr einfach und noch nicht in hohen geordnet, besaßen aber von Anfang an die Fähigkeit des Stoffwechsels.

Das Leben war also in seiner Entstehung bedingt durch den Zustand der Erde. Die lebende Substanz ist ein Teil der Erdmaterie, sie hat sich aus dieser durch Erzeugung gebildet. Sie mußte mit derselben Notwendigkeit entstehen, wie die Gesteine, als die Bedingungen zu ihrer Bildung gegeben waren. Denn in dem ganzen Weltall gibt es nur unendliche Ketten von Ursachen und Wirkungen, und in dieser unerbittlichen Reihe muß auch das Entstehen des Lebens eingeschlossen sein. Nach auch die Weiterentwicklung der lebenden Substanz und ihre Gestaltung zu immer komplizierteren Tieren und Pflanzen ist eine notwendige Folge aus dem jedesmaligen Zustand der Erde. Auch diese Umgestaltungen waren Wirkungen von Ursachen, die wieder aus anderen Ursachen folgten. Von dem Geschehen in der anorganischen Natur weiß man schon längst, daß es bedingt ist durch notwendige, unendliche Ketten von Ursache und Wirkung. Auch das Leben in diese Reihe eingeschaltet zu haben, ist das unsterbliche Verdienst Darwin's.

freilich nicht schlägt, herauszuholen war. Da mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß andere Verwaltungsdeputationen die ihnen vom Magistrat vorgezeichnete Marschroute mit gleicher Gewissenhaftigkeit einhalten werden, so dürfte für die Gesamtheit unserer Kollegen Berlin wieder mal sehr wenig von dem Etat pro 1909 zu erwarten sein. Da werden unsere Wünsche in der Stadtverordnetenversammlung es sich aufs neue zu überlegen haben, ob es nicht ratsam ist, künftig alle Gehaltsaufbesserungen für die höheren Beamten so lange abzulehnen, bis endlich auch den Arbeitern Gerechtigkeit wird.

Gießen. Die Gießener Stadtverordneten haben für das Jahr 1909 im Etat die Mittel bereitgestellt, um jedem städtischen Arbeiter im Laufe des Jahres einen dreitägigen Urlaub bei fortlaufender Wohnung gewähren zu können. -- Aller Anfang ist schwer.

Glauchau. Die Stadtverordneten beschließen, an die städtischen Arbeiter eine Weihnachtsgeschenkeverteilung zu lassen in Höhe von 80 Mk.

Aus den Gemeinden.

Treppen. Die Stadt Treppen hat einen großen Teil ihres Vermögens in Grundstücken angelegt: 383 Grundstücke in einem Gesamtwerte von 102.967,818 Mk. gehören der Stadt. Die wichtigsten Lizenzen hiervon sind der Rathausbauplatz und Rathausvorplatz desormalige Grundstück der v. Preussischen Markensiftung an der Gewandhausstraße, das den künftigen Vorplatz zum Rathaus bilden soll. Der Rathausbauplatz ist mit 3.942.557 Mk. bewertet und der Neubau des Rathauses mit 4.781.186 Mk. Weitere größere Wertobjekte im Besitze der Stadt Treppen sind die Löwenapotheke an der Wilsdruffer Straße im Werte von 1.131.639 Mk., die Markthalle am Antonienplatz 1.007.441 Mk., das Städtische Gymnasium am Elberweg 1.071.059 Mk., die Gewerkschule an der Tuerstraße 1.391.048 Mk., der Anstaltspalast mit Park an der Stubelallee 2.500.277 Mk., das Johannstädter Meentenhans an der Nützenstraße 5.115.057 Mk., die Hauptmarkthalle an der Wettiner Straße 1.131.811 Mk., das Meentenhans in der Friedrichstraße 3.381.010 Mk., die ehemalige königl. Frauenklinik in der Semmerstraße 1.277.949 Mk., die Heil- und Plegeanstalt an der Vobauer Straße 3.098.853 Mk., der Schlachthof im großen Circusgebäude 3.541.795 Mk., das Areal hierzu 575.797 Mk., das Stadtgut in Mächnitz 2.000.077 Mk., die jüdischen Volksschularundstücke 15.520.829 Mk., die Klusthude an der Geret- und Silbermannstraße 1.575.308 Mk., das Gelände im Südwesten 1.208.718 Mk. und die Grundstücke in Vorstadt Madin, die zum Zwecke der Schwemmanalysen erworben sind, 1.523.720 Mk. Das Mittelgut Alingendera mit Einschlag des Wäthdes Sachsenhof der vor maligen Zehnerlei, der Brauerei, der Brennerei und Biegelei steht mit 516.151 Mk. in Pacht. -- Nach dem Haushaltsplan bringt der gesamte Grundbesitz 1.421.253 Mk. Einnahmen, denen 279.312 Mk. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Ueberschuß von 1.141.941 Mk. verbleibt, gegen das Vorjahr bedeutet dies ein Mehr von 14.829 Mk.

Veitshagen. (Wasser -- Gas -- Elektrizität.) In den Jahren 1817-1821 wurde die schon längst wieder verschwindende Wasserleitung an der jetzigen Partierstraße errichtet. Im Januar 1826 kam das Wasserwerk in Veitshagen-Gemeinde in Betrieb und im September 1887 erfolgte die Eröffnung des Rauhofers Werkes. Die jährliche Wasserförderung betrug:

1870: 1.814.681 cbm	1880: 4.274.281 cbm	1890: 7.843.238 cbm
1900: 11.263.199 "	1905: 12.812.903 "	1907: 13.517.241 "

Die öffentliche Beleuchtung Veitshagens trat im Jahre 1701 ins Leben, und zwar leuchteten zum ersten Male die in schönen großen Laternen mit hellen Gläsern angebrachten beinahe 700 Leuchten zu Weihnachten jenes Jahres am heiligen Abend. Diese Leuchterbeleuchtung währte in ihrem vollen Umfange bis zum 4. September 1835, an welchem Tage die vor dem Schloßlichen Tore errichtete Gasanstalt die Wasserleitung der Stadt begann. 1882 wurde mit dem Bau einer zweiten städtischen Gasanstalt in Veitshagen-Gemeinde begonnen, deren Betriebseröffnung am 18. August 1885 erfolgte. Die Gasabgabe betrug:

1840: 308.000 cbm	1850: 556.000 "	1860: 1.480.000 "
1870: 4.890.000 "	1880: 10.104.000 "	1890: 15.001.080 "
1900: 23.110.820 "	1905: 31.942.880 "	1907: 36.603.960 "

Der gesamten öffentlichen Beleuchtung dienen am Schluß des Jahres 1907 im Stadtgebiete 15.802 Gaslampen, 108 elektrische Popenlampen und 131 elektrische Glühlampen. -- Die Petitionseröffnung des von der Veitshager Elektrizitätsgesellschaft errichteten Werkes erfolgte am 1. September 1895. Am 1. September 1905 wurde das Werk von der Stadt käuflich erworben.

Stromabgabe:	für Licht	für Kraft	nützigen Bedarf
	Milowattstunden	Milowattstunden	Milowattstunden
1896:	352.359	93.158	
1900:	461.543	550.901	26.537
1905:	1.439.597	930.663	24.910
1907:	1.554.599	1.550.282	41.791

Waggeschloßen waren 101.606 Glühlampen, 3122 Popenlampen, 1427 Elektromotoren und 674 verschiedene Antriebskräfte.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. (I. C. G. A.) Zur gütlichen Beachtung für die Kollegen der Englischen Waschanstalten geben wir hiermit bekannt, daß laut Beschluß unserer Vertrauensmännerversammlung sämtliche Mitgliedsgebühren zwecks Kontrolle vom 1.-16. Januar einzugehen werden. Alle Kollegen der I. C. G. A. sind gebeten, diesen Beschluß nach Möglichkeit zu unterstügen, damit den Vertrauensleuten keine Schwierigkeiten daraus erwachsen.

Berlin. Am Sonnabend, den 19. Dezember, fand bei Rickaloff die Jahresversammlung der Parkarbeiter statt. Den Vorsitz der Leitung gab Herr Kämmer. Die Tätigkeit war im verfloßenen Jahre eine besonders lebhaft. Es fanden insgesamt statt 45 Versammlungen und Sitzungen. Die Mitgliederzahl hob sich ganz beachtlich. Die Höhe von 118 am Anfange des Jahres auf 196 Mitglieder am Berichtstage. Besonders erwähnenswert ist die Beteiligung gegen die Dienstentlassungen. Diese Bewegung hatte den gewünschten Erfolg. Der Bericht wurde mit Beifriedigung entgegengenommen. Den Bericht über die letzten Ausschüßgebildungen gab Herr Krüger. Die Beschlüsse der Deputation stehen noch aus. Ueber die Audienz mit dem Herrn Bürgermeister Reichardt berichtete Herr Müller. Die Audienz hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt, nämlich die Festsetzung der Stundenlohn. Im Gegenteil. Der Bürgermeister stellte in Aussicht, daß künftig noch im weiteren Umfange Stundenlohn eingeführt werden. Die Deputation der Leitung hatte das Ergebnis, daß an Stelle des verdrängten Kollegen E. Prink und H. Mummier die Kollegen H. Müller und E. Krüger gewählt wurden. Als Vertrauensleute wurden die Kollegen E. Prink für Humboldttham, Rud. Siegmund für Friedrichshain, H. Müller für Köpenick, Max Wolff für Kreuzberg und W. Hallweit für Treptow ernannt. Wiedergewählt. Die den Schlichterpart wurde Herr W. Stein wiedergewählt. -- Eine lebhaft Debatte fand noch über Angelegenheiten der Betriebsentlassung statt.

Berlin. (Straßenreinigung.) Ein erfreulicher Fortschritt ist zu verzeichnen. Seit Mitte November ist in der ersten Abteilung probeweise der von uns schon vor längerem Jahreseinstimmig beantragte abtägliche Schichtwechsel durchgeführt. Packer und Abendreiter bilden die Nachschicht. Die somit bei Tag von 6 bis 12 Uhr arbeitende Melodie arbeitet von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags. Von 2 bis 10 Uhr abends arbeiten die sonst von 8 bis 8 Uhr abends tätigen Tagemannschaften. Die Durchführbarkeit unserer Anschauungen hat sich damit erwiesen. Goffenheit wird die Forderung davon abgelehnt, daß der abtägliche Schichtwechsel sich in allen Abteilungen durchführen läßt. Weniger erheblich ist der Anfall der Wahlen für die Vertreter der Straßenservice. Von 11 ausstehenden Vertretern konnten wir nur 5 durchwählen. Der Erfolg der anderen Seite begründet sich weniger auf Heberzeugung ihrer Wähler. Erlaubt wurde er einmal durch die ausgenutzte Wahlkontrolle. (Die von uns beantragte Ausgabe gleichzeitiger Stimmpapier wurde von dem Vorstand der Straßenservice abgelehnt.) Im Beschlussung der Kollegen mußte man herhalten, daß der Vorstand die Anwesenheit in eine Sitzungskontrollen umändern wollte und dadurch der Parteistand der Masse herabgeführt werde. Wir wissen ganz genau, daß sich ein Antritt so gar nicht durchgeführt werden kann. Diese Kontrollen dürfte wohl für alle Seiten genügen. Weiter wurde verhindert, die Kollegen H. Prink und H. Krüger würden als besetzte Straßenservicekontrollen angeführt, wenn die Vorstandsmitglieder gewählt werden. Auf ein Mandat mehr oder weniger kommt es den Straßenservice Dankschreiben nicht an. Der wenig befriedigende Anfall der Wahlen muß trotz alledem unsere Vorstandsmitglieder mehr wie bisher zu der notwendigen Aufklärungsarbeit anfeuern. Die Kollegen, die im Tagelohn aufgeführt werden, müssen mit unserer Hilfe zwischen den Worten und den Taten ihrer Straßenservice Führer unterscheiden lernen.

Berlin. Die Sanifikations- und Mieselfeldarbeiter versammelten sich am Sonnabend, den 19. Dezember, im Gewerkschaftsbanke. Unsere Vorstandsleute vor der Deputation lautete das Thema, über das der Stadt, von Mobilengere referierte. In ausführlicher Weise schilderte Redner den Gang der Verhandlungen. Von einer Vertiefung der Arbeitszeit, welche für die Sanifikationsarbeiter durchaus angebracht sei, wollten die bürgerlichen Deputationsmitglieder abstrahieren nichts wissen. Wir einer Realitätsbeziehung abzugeben werde darüber gemacht, daß der Privatindustrie keine Konkurrenz entsteht. Der Referent betonte am Schluß seiner Rede die aufzunehmenden Anforderungen, daß die Arbeiter nur Erfolge erzielen können, wenn sie Mann für Mann nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation angehören. In der äußeren lebhaften Diskussion sprachen sich sämtliche Redner einig für die Einführung der acht 1/2 Stunden und zwar in der Arbeitszeit aus, die in der Sanifikationsverwaltung schon aus hygienischen Gründen unbedingt notwendig ist. Die Verwaltung konnte es aber nicht verhindern. Dieser zwölf Stunden von den Arbeitern auszuhalten zu lassen. Ueberhaupt werde in der Sanifikation nicht für die Gesundheit der Arbeiter gefordert, hat doch die Deputation selbst die Regenerationszeit abgelehnt. -- Nach die Mieselfelder und Mieselfeldarbeiter

haben schwere Klagen. Erstere haben sehr zu leiden unter dem anstrengenden zwölfstündigen Nachdienst in Wind und Wetter; letztere bemängeln lebhaft die gehoberten Normen, von denen z. B. die Martoffeln nicht selten unbrauchbar sind. In der nachstehenden Resolution kam die Stimmung der Versammelten in markanter Weise zum Ausdruck: „Die am 19. Dezember im „Gewerkschaftsbau“ äußerst zahlreich versammelten Arbeiter der Pumpstationen, der Bauverwaltung und der Maschinenfabrik nehmen unter Protest Kenntnis von den Beschlüssen der Kameralratsdeputation. Sie sehen in der glatten Ablehnung ihrer Anträge auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einen empfindlichen Mangel von Einsicht gegenüber den notwendigen Bedürfnissen der Arbeiter. In der Erwägung, daß 1. die beschriebener Forderungen bezüglich der Löhne das Mindeste dessen darstellten, was zum Lebensunterhalt erforderlich ist, 2. die Durchführung der beantragten Verkürzung der Arbeitszeit aus sozialen und kulturellen Gründen eine unerlässliche Notwendigkeit ist, erklären die Versammelten, ersuchen an ihren Anträgen fest zu halten und sprechen die Erwartung aus, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung diesen entsprechen werden. Die neuesten Deputationsbeschlüsse haben aber den Versammelten auch vor neuem Mangel, wie zum Erlaube besserer Erprobungsbedingungen die gewerkschaftliche Organisation bitter tut; sie machen deshalb allen Kollegen den unverzüglichen Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur unabwendbaren Pflicht.“

Brandenburg. Am 19. Dezember, abends 8 Uhr, tagte im Lokale Brauer eine Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kollege Ehrlich sprach über: „Wirtschaftsnot und Gewerkschaftsorganisation“. Redner behandelte die Rational und Wirtschaftliche, die sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung zeigen. Besonders scharf kritisiert er das Verhalten der Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse sowie das sinn- und planlose Durcheinanderwirtschaften, das von Tag zu Tag noch durch schrankenlose Profitgier gesteigert wird, mit dem Hinweis, daß gerade diese Uebelstände Not und Elend unter den Arbeitermassen herauf beschworen haben. Zum Schluß erläuterte Redner Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, dabei betonend, daß alles bisher Erreichte nur Frucht der bislang von den organisierten Arbeitern geleisteten Kämpfe seien. — Zur freien Ausdrucks ergriffen mehrere Kollegen das Wort im Sinne des Referenten. — Am „Berichtredner“ entspann sich bezüglich der Arbeitszeit in den beiden Gaswerken eine längere Debatte, die durch gewisse Schritte zu unternehmen, um eine Mäßigung der Arbeitszeit in der neuen Gasanstalt von 12 auf 8 Stunden, wie sie auch seit längerer Zeit im alten Gaswerk eingeführt ist, zu erlangen. Damit erreichte die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Tresden. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach am 18. Dezember Kollege Richard Kurlberg über: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Bekämpfung“ und erzielte für seine Ausführungen reicher Beifall. Die nachfolgende Debatte brachte Ergänzungen des Referenten durch örtliche Details. Ganz besonders wurde Bezug genommen auf die Veraltung der sozialdem. Interpellation im Stadtverordnetenkollegium, die Arbeitslosigkeit betreffend. Bei dieser Veraltung sagte der Stadtrat Dr. Lehner, daß eine gute Arbeitsvermittlung und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten die beste Mittelmaßnahme sei. Die Stadtverwaltung werde nach wie vor nach diesen Grundsätzen verfahren. Sie werde vor allem verhüten, daß in den städtischen Betrieben Arbeiter entlassen werden. Freilich, so fügte der Herr vorichtig ein, ganz würden sich auch in städtischen Betrieben Arbeiterentlassungen nicht vermeiden lassen. Denn die Arbeit sei zu einem großen Teil Saisonarbeit, für die nicht immer Ersatz geschaffen werden könne. — Als aber die Arbeiter vor Jahren schon sagten, daß sie Saisonarbeiter wären und dementsprechend auch die Zahlung von Saisonlöhnen verlangten, ja, so kam es wieder anders. Schon zu Anfang November erfolgte denn auch bei den Wasserwerken die Entlassung von etwa achtzig und bei der Straßenbauarbeiten der Straßenbahnen von ebenso vielen Arbeitern. Allerdings sind auf erhobene Beschwerde eine Anzahl wieder eingestellt worden, aber eine große Zahl blieb doch auf der Straße. Und wie sich die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums zur Frage einer guten Arbeitsvermittlung stellt, das haben wir aber nur unbedeutenden Beifall bei der Verhandlung über die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage gehört. Die im Stadtverordnetenkollegium beantragte Änderung, welche dem Magistrat die Stadt zu diesem Arbeitsnachweis, und so ist dieses Institut gesichert, zum mindesten aber auf lange Zeit hinausgeschoben worden. In derselben Sitzung aber beschloß die Herren gegen eine große Minderheit, die bestehenden Anträge erlassenadweise mit städtischen Mitteln zu subventionieren. Das ist eben die bekannte Dresdener Sozialpolitik! — Im „Gewerkschaftlichen“ brachte dann Kollege Wreßler eine Reihe verschiedener Vorschläge zum Ausdruck. Es werden jetzt in der Reichstadt Tschau, welche zum Zweck der fünften Tschauspeltzer gebort, auf der Marktstraße umfangreiche Schlaucharbeiten vorgenommen. Diese Arbeiten sind an einen Unternehmer vergeben, die überhaupt in dieser Hinsicht die Vergütung der Arbeiter in hoher Höhe steht. Die Arbeiter konnte das Tschausamt in eigener Regie ebenso gut und billiger ausführen. Arbeiterentlassungen werden

denn nicht notwendig. Die Tatsache nun, daß der städt. Bauinspektor Huber sehr oft im Automobil der ausführenden Firma angefahren kommt, läßt allerlei Vermutungen Raum. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Bauinspektor Helmich von der Firma (Windschle u. Langelott) mit den Arbeitern tatsächlich Schindlucker treibt. Mindestens ebenso auffällig ist auch die ausgiebige Beschäftigung zweier Privatdampfwalzen. Wir konnten beobachten, daß auf einer ganz kurzen Straße diese zwei Walzen tagelang beschäftigt waren. Und eine Dampfwalze ist immerhin eine recht kostspielige Sache. In unserem Falle berechnet der Arbeiter für die Stunde fünf Mark Miete. Wieviel Stunden pro Tag berechnet werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Ebenso auch ob der Teilnehmer das zum Speiser der Walzen notwendige Wasser an die Stadt bezahlte. Sollte man einwenden, daß die städtischen Walzen zu hoch und zu schwer wären, so sei darauf erwidert, daß das Tieflandamt auch leichte Walzen besitzt und bei entsprechenden guten Wetter könnte schon eine Verhinderung und damit eine ganz bedeutende Erprobung erreicht werden. Denn so teuer sich ein städtische Walze doch nicht. Wenn man immer sagt, es muß gefahrt werden, so soll man auch hier sparen. Wiederkholt schon fünf über den Inspektor des Straßenverkehrs, sowie über den Wassermeister Werga vor der Wasserwerk vertrieben Klagen eingelaufen. Der Letztere besonders beklagt es, die Arbeiter in einer Art und Weise zu behandeln, die alles andere als human genannt werden muß. Herr Werga möchte sein Augenmerk lieber auf die Beschaffenheit der Bauten und Aborte auf den einzelnen Bauhöfen richten. Da ist nicht immer alles in Ordnung, beschweren sich denn auch die Arbeiter, dann gefällt es dem Herrn auch nicht. — Nachdem Kollege Fischer noch auf die gut ausgefallene Filialbibliothek hingewiesen und um recht fleißige Benutzung derselben ersucht hatte, wurde die Versammlung mit der Aufforderung zu weiterer regen Organisationsarbeit geschlossen.

Düsseldorf. Am 16. Dezember tagte im Restaurant „All Aachen“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nach einem Vortrag wurden eine Reihe Vorschläge in der städtischen Betrieben zur Sprache gebracht. Immer und immer wieder klagen die städtischen Arbeiter, daß die Stadtverwaltung an der verkehrten Stelle baut, nämlich an den Arbeiterlöhnen. Während man die Gehälter der Beamten um tausende erhöht, sucht man die Löhne der Arbeiter systematisch zu reduzieren. Im November d. J. schon sollte 17 Arbeiter des Gaswerks der Straßenbahnen nach der Gasanstalt überweisen werden. Auf der Gasanstalt wird aber den Leuten nur der geringste Lohn gezahlt, gleichviel wie lange sie bei der Stadt beschäftigt sind. Der Arbeiterauschuss der Gasanstaltsarbeiter wurde deshalb bei der Direktion vorzüglich und ersuchte letztere, dahin zu wirken, daß den Arbeitern, welche nach einem anderen städtischen Betriebe überwiesen werden, der bisherige Lohn weiter gezahlt wird. Es wurden denn auch später nur 6 Mann nach der Gasanstalt abkommandiert und dem Zuschuß wurde verhindert, es solle auch dort der gleiche Lohn wie am Gasbau bezahlt werden. Die Erfahrung lehrt uns jedoch, daß die überwiesenen Leute auf der Gasanstalt für den niedrigsten Lohn arbeiten müssen. Es bedeutet dies einen Lohnausfall bis zu 30 Mk. pro Tag. Wie der Herr Direktor der Straßenbahnen dies mit seinem Versprechen vereinbaren will, lassen wir fernwegs verheben. Ob die Stadtverwaltung die vorgeschlagene Erhöhung der Beamtengehälter an den Arbeiterlöhnen wieder abtun will, wollen wir dahin gestellt sein lassen, jedenfalls ist dieses Wohlwollen den Arbeitern gegenüber bezeichnend für die Minderlichkeit unserer Stadtverwaltung. Auch in den anderen städtischen Betrieben ist es mit der Arbeiterfürsorge schlecht bestellt. Die städtischen Arbeiter müssen hier die Gleichgültigkeit endlich einmal abtun, mehr für ihre Interessen eintreten und die Versammlungen und Besprechungen besser besuchen, damit von Seiten der Organisation diese Minderstände behoben werden können. Ebenso müssen die einzelnen Kollegen bei der Stammtische nach Möglichkeit für die Organisation werben. Je größer die Reihen der organisierten Kollegen sind, desto leichter können wir die Uebelstände von uns abwehren. Fern uns hierbei nach fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu: „Organisiert Euch! Denn ihr habt genau fe unter den bestehenden Umständen zu leiden als wir!“ Jetzt in der Zeit der Krise bezeichnen unsere Arbeitgeber Löhne und wüßige Mittelstellen zu bekommen, es heißt es unsere Arbeiter fordern, damit wir kein gegen uns gerichteten Vorstoß erfolgreich abwehren können.

(Wort.) Im „W. Wölkiger Anz.“, einem jener sogenannten „unabhängigen“ Blätter, wurde vor einigen Tagen viel Aufsehens gemacht von der Gründung eines Ortsvereins vom Gewerkschaftsverein der „Deutscher Gemeindegewerkschaft“. Dieser Gewerkschaftsverein heißt im Ort sich Tunderfcher Kolonnen. Die Gründung des Ortsvereins haben in dem „Territorium“ des sozialdemokratischen „Kommunistenverbandes“ damit ist unsere Organisation gemeint. In dem Wahlzettel wird weiter viel erzählt von einer „Erregung und Entrüstung“ der Mitglieder des sozialdemokratischen „Kommunistenverbandes“ gegen die Führer desselben. In dem Wahlzettel steht es, daß weder die Führer noch die Mitglieder von dieser Erregung und Entrüstung bisher eine Abnung hatten und jedenfalls haben wir nicht sehr, wenn wir annehmen, daß diese Erregung nur bei

den Pflücken zu finden ist. Doch es wäre schade um den kostbaren Raum der „Gewerkschaft“, wollten wir all das widerlegen, was da der „R. G. A.“ geschrieben hat über den „erfreulichen Mitgliederzuwachs“ des Ortsvereins usw. Bemerken wollen wir nur, daß sonderbarerweise die Leute, die bei uns wegen Schulden und aus dem sozialdem. Magistratsarbeiterverband zu ihm übergetreten sein sollen. Es ist aber bezeichnend für die Zustände im Ortsverein, daß sonderbarerweise die Leute, die bei uns wegen Schulden und anderen Dingen getrieben werden müßten, gleich mit den höchsten Ehrenämtern betraut wurden. Freilich, weil man im Ortsverein andere Mitglieder nicht besitzt, mußte man wohl oder übel schon zu diesen Menschen greifen. Um aber auch in der Öffentlichkeit zu renommieren, veranstaltete man an einem der letzten Sonntage eine Versammlung für alle Gemeindeglieder, richtiger für alle in Wörlitz noch vorhandenen Dörfer. Viel sind es ihrer ja nicht mehr. Sie gehen eben überall den Ausschlag. Als Redner hatte man sich den kaiserschen Herrn Goldschmidt, seines Leidens freimüthiger Stadtworobauer in Berlin, kommen lassen. Nach dem Bericht im „R. G. A.“ hat Herr Goldschmidt ein lauges Redner gehalten, in der Hauptsache aber den Ortsverein der Berliner Straßenreinigung in den Himmel gehoben (samt der Berliner Kollegen haben ihre eigene Meinung über diesen Ortsverein!) und häufig den roten Kapfen geschwungen. Im Grund und Boden hinein verurteilte es Herr Goldschmidt, wenn sich eine Arbeiterorganisation an eine politische Partei anschließe. Wenn man aber die Gewerkschaft als Preisung betrachte, so sei das richtig (1), denn die Gewerkschaften lösen ihren Mitgliedern vollständig freien Sinn zum Denken und das könne man wohl als Preisung bezeichnen! Mit dieser Freie Goldschmidtscher Weisheit soll es genug sein. Im Bericht heißt es noch, daß man es bedauert habe, daß der Vorkämpfer Freie vom sozialdem. Magistratsarbeiterverband nicht in der Versammlung erschienen sei. Man wir können ja den Dörfern diese ihren Schmerz nachfühlen, aber wir hatten absolut kein Bedürfnis, den Dörfern die Versammlung interessant zu machen. Das konnte doch Herr Goldschmidt tun. Wenn man aber solche Zehnfüßler nach dem roten Quäntel hatte, ja, warum hat man dann denselben unter Zuhilfenahme voller Redlichkeit nicht eingeladen? Jedenfalls hätte man dazu keine Courage, denn schließlich wäre es zu einer Abrechnung gekommen, bei welcher die Dörfer diese ganz bedeutend unter die Mäher gekommen wären. Wenn aber in dem Bericht über die „große“ Versammlung davon geschwafelt wird, daß durch das Vorhaben des Quäntels vom sozialdem. Magistratsarbeiterverband die Verhältnisse der Wörlitzer Gemeindeglieder verschlechtert worden wären, so wollen wir demnach in aller Ruhe die Fragen aufwerfen: 1. Wenn haben die Wörlitzer Gemeindeglieder es zu verdanken, daß Sommerurlaub eingeführt werden ist? 2. Wenn haben sie es zu danken, daß Ruhegeld, Renten und Pensionen gezahlt werden? und 3. Wenn haben sie es zu danken, daß die Löhne bei der Straßencleaning auf 25 und 26 Pf., bei dem Gaswerke auf 30 und 32 Pf. gehoben sind? Antwort, bei Herrn Dörfer! Das alles haben sie einzig und allein dem Vorhaben des Gemeindeglieds und Staatsarbeiterverbandes zu danken! Er ist es gewesen, der alle diese Anträge gestellt und begründet hat. Was haben aber die „Gewerkschaftler“ geleistet? Arbeitervereine in Wörlitz haben sie getrieben und treiben sie heute noch und zwar mit den schäblichsten Mitteln. So stehen die Dinge. Das müssen auch die Wörlitzer Gemeindeglieder und deshalb erwidern sie nach wie vor ihre Interessenerklärung einzig und allein im Verband der Gemeindeglieder und Staatsarbeiter. Und was dieser Verband seinen Mitgliedern bietet und wieder schon für sie erreicht hat, das kann die gesamte Wörlitzer Dörferische Gewerkschaftsbewegung mit und munter. Mit dieser Tatsache werden sich auch die Herren vom Wörlitzer Ortsverein der Deutschen Gemeindeglieder wohl oder übel abfinden müssen, wenn es ihnen auch recht schwer fällt.

Kalle. In der am 13. Dezember tagenden Versammlung hielt Genosse Schöpe ein Referat über: Die Gewerkschaft und ihre Richtung. Der Referent gab in interessanter Auseinandersetzung ein klares Bild von dem Werten unseres Verbandes, so daß die Redner mit Spannung folgten. Zum Schluss forderte er die Kollegen auf, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren und das „Kollektiv“ zu leben. Den Bericht der Parteiverordnungscommission gab Herr Dörr. Unter „Richtlinien“ wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen sich so zahlreich wie möglich an der Arbeitslosenabteilung zu beteiligen haben.

Namburg. Eine öffentliche Versammlung der Staatsarbeiter tagte am 16. Dezember im Gewerkschaftshaus. Die Versammlungsgenossen vermissten die Erscheinungen kaum zu lassen, und besonders zahlreich waren Arbeiter und Handwerker der Landdeputation anwesend. Der Tagesordnung einigiger Punkt war die bekannte, den älteren Arbeitern der Landdeputation angekündigte Lohnherabsetzung um 50 Pf. bzw. 1 Mk. pro Tag. Das Referat übernahm Herr Bürger. Nach ihm sprachen noch viele Staatsarbeiter über die wenig verlockenden Aussichten, die ihnen im späteren Dienstalter blühen. Delle Unterstützung und Empörung stieg aus den Worten aller Redner über den großen Mangel an sozialem Verständnis, den die Ingenieure und Baumeister, die als Beamte eine wachsende staatliche Ver-

sorge für sich persönlich beanspruchen, an den Tag legen. Es sei recht bezeichnend, daß die Behörde gerade zu Weihnachten den älteren Arbeitern diese Herabsetzung biete. Man solle nicht vergessen, daß den Arbeitern der Landdeputation im Winter ohnehin und regelmäßig in jedem Jahre die Löhne reduziert wurden. Wenn es sich um Lohnherabsetzung handelte, so sollte die Landdeputation den längsten und schwersten Widerstand. Aber mit Lohnherabsetzungen sei sie sehr schnell bei der Hand. Das Fest der Liebe und der Freude sei durch einen Akt der rücksichtslosesten Willkür verdunkelt worden, und die Arbeiter der Landdeputation fänden an der Lohnpolitik dieser Behörde nicht das geringste Wohlgefallen. Es ist wohl selten eine Versammlung in so gereizter Stimmung gewesen wie diese. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 16. Dezember 1909 im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Handwerker der Landdeputation erklärt den Beschluß der Ingenieurkonferenz betreffend die Herabsetzung des Lohnes für ältere Arbeiter und Handwerker um 50 Pf. bzw. 1 Mk. pro Tag für eine unerbittliche Härte. Die Versammlung protestiert gegen diesen Beschluß, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die Lohnherabsetzung trifft nicht solche ältere Personen, die von der Armenverwaltung als minderwertige Arbeitskräfte überwiesen werden, sondern Arbeiter, welche meistens im Dienste der Landdeputation alt geworden sind. Falls in einigen Fällen die Arbeiter die Arbeitstrakt verloren haben sollten, so fällt zugunsten derselben ins Gewicht, daß sie ihre Kräfte im Staatsdienste aufgebraucht haben. 2. Wenn bei den Beamten des Staates mit den zunehmenden Dienstjahren das Gehalt steigt, so ist nicht einzusehen, warum bei den Staatsarbeitern eine entgegengesetzte Praxis eingeschlagen werden soll. 3. Die Landdeputation hat von jeher so geringe Löhne gezahlt, daß die Arbeiter ihr Leben nur ganz dürftig fristen konnten. Auslagen für das Alter waren beim besten Willen nicht zu erwarten. Soll aber eine Lohnherabsetzung im Alter überhaupt verständlich sein, so mußten bedeutend höhere Löhne an volltätige Arbeiter gezahlt werden als bisher üblich. 4. Die Leistungen der Versorgungsanstalt und der reichsgesetzlichen Invaliden und Altersversicherung sind zu minimal, um davon leben zu können. Ältere Arbeiter machen davon nur im äußersten Falle Gebrauch und arbeiten gern so lange, wie ihre Kräfte es nur zulassen. 5. Bei der allgemein verteuerten Lebenshaltung würden die älteren Arbeiter durch eine Lohnherabsetzung empfindlich getroffen werden, da keineswegs alle älteren Arbeiter für sich allein und ohne jeden Familienanhang daheim. 6. Die Lohnherabsetzung ist beschlossen worden, ohne die anerkannten Vertreter der Arbeiter, nämlich den Arbeiterausschuß, zu hören. Die Versammlung erklart dem die Missachtung des Arbeiterausschusses. Die Versammlung appelliert an die Landdeputation und erwidert von ihr, daß sie den Beschluß der Ingenieurkonferenz rückgängig mache. Sie beauftragt ferner die Geschäftsleitung des Verbandes der Staatsarbeiter mit der Ausstellung dieser Resolution an alle maßgebenden Stellen. Ferner erwartet die Versammlung, daß sich jeder Staatsarbeiter dem Staatsarbeiterverbande anschließe, weil nur durch kräftige Organisationen die Arbeiterinteressen gehörig wahrgenommen werden können.

Wandenburg. Am 19. Dezember hielt unsere Filiale ihre Mitgliederversammlung ab. Vom Vorsitzenden wurde empfohlen, fleißigen Gebrauch zu machen von unserem Notizbuche, der jetzt erschienen ist. Zu den Vorträgen des Obm. A. blie können Marten in Empfang genommen werden. Das Komitee hat beschlossen, das Vergütungen am 30. Januar 1909 im „Endbuch“ stattfinden zu lassen. Zur Krankentafelvertreterswahl waren zwei Listen aufgestellt. Unsere Liste erhielt 106 Stimmen, die der Gegner 36. Die Neuwahlen wurden per Abstimmung vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Herr Senft, als zweiter Vorsitzender Herr Dörr, als Schriftführer Silberbach, als Kassierer Förster und als Kassierer die Kollegen Viktor, Pieter, Stierwald einstimmig gewählt. Zu Kassierern wurden die Kollegen Krosch und Schirmer, zu Kassierlegierten die Kollegen Weiser, Senft, Strunk und Könter gewählt.

Am 30. November hat eine Krankentafelvorstandssitzung stattgefunden, wo der Fall Chebrecht und Meiner behandelt wurde. Da, wie alle Jahre, die Kollegen, die arbeitslos und invalid sind, zu Weihnachten eine Unterstützung bekommen sollen, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Den Arbeitslosen und Invaliden ist eine Unterstützung zu gewähren. Der Gesamtbetrag ist 5 Mk., für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft ein Zuschlag von 50 Pf., für Werbestatete 1 Mk. und für jedes Kind 50 Pf. Die Auszahlung erfolgt am 21. Dezember in der Zeit von 12 bis 1 und von 6 bis 7 Uhr beim H. Senft.

Wandenburg. Am 17. Dezember v. J. hielt unsere Filiale im Lokal Salinger, Paderstraße, eine gut besuchte Versammlung an. Arbeiterkassierer Herr Krosch hielt einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit.“ Der Redner wies darauf hin, daß man sich nicht so gleichgültig stellen sollte gegenüber dieser Frage. Der Referent zeigte auch im einzelnen die Arbeit des Komitees bei den verschiedenen Arbeitervertreterswahlen. Redner wies noch besonders auf die Zentralbibliothek hin, die noch nicht genügend von den organisierten Kollegen benutzt wird. Das Referat

rat fand guten Anklang unter den Zuhörern. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten verhandelt. Der Martellbibliothek wurden 60 Mk. bewilligt. Ferner wurde eine Zeitkommission gewählt. Von verschiedenen Rednern wurde die Art und Weise der Agitation der „Christlichen“ besprochen. Der Versammlung wurde empfohlen, die „Christlichen“ Dunkelmänner etwas näher unter die Lupe zu nehmen.

München. Am Sonntag, den 27. Dezember, vormittags, fanden sich die städtischen Arbeiter im „Molossium“ in überaus starker Anzahl ein, um gegen die im Rathhaus geübte Sozialpolitik zu protestieren. Gauleiter R. Sebald referierte zunächst über die Lohnfrage der städtischen Arbeiter und wies auf die Behandlung der von unserem Verband eingereichten Forderungen im Magistrat hin, wobei er besonders das Verhalten des Gentiums beleuchtete, das die städtischen Arbeiter im Stiche ließ. Redner kam dann auf die vor kurzem erfolgte Lohnverfälschung beim Maschinen- und Heizpersonal des städtischen Elektrizitätswerkes und die Abänderung des Statuts der Versorgungskasse zu sprechen und fasste dann seine Ausführungen in folgende Resolutionen zusammen, die nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme fanden: „Die heute, den 27. Dezember 1908, vormittags, im „Molossium“ tagende von etwa 700 Personen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter erklart die vom Magistrat genehmigte Lohnverhöhung als ungenügend; sie stellt an das verehrliche Gemeindefullgum das Ersuchen, die in der Textschrift des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorgeschlagene Lohnverhöhung von täglich 40 Pf. sowie auch die übrigen Abänderungsvorschläge berücksichtigen zu wollen, was im Hinblick auf die Betriebsergebnisse der städtischen Betriebsunternehmungen nur einen Akt der Billigkeit darstellt. Außerdem halten es die Versammelten angesichts der derzeitigen Wohnungsknappheit für dringend geboten, daß Erleichterungen durch den Bau von Kleinwohnungen durch die Gemeinde geschaffen werden. Die Versammelten ersuchen auch, es wolle endlich die nahezu schon 2 Jahre schwebende Abänderung des Statutes der Versorgungskasse zu Ende geführt und diese selbst allen städtischen Bediensteten und Arbeitern zugänglich gemacht werden. Weiter erhebt die Versammlung energisches Protest gegen die Art und Weise, in der dem nunmehr überschüssigen Maschinen- und Heizpersonal der städtischen Elektrizitätswerke der Lohn gekürzt und eingeschränkt wurde, ohne daß diese Abicht dem in Frage kommenden Personal vorher mitgeteilt wurde, was schon im Hinblick auf die bestehende Mächtige Mündungsstrepit unbedingt hätte im voraus erfolgen müssen. Die Versammelten sind der Meinung, daß nicht nur dienstjüngere sogenannte Protektionistender, sondern das gesamte Personal im Betrieb der elektrischen Werke weiter beschäftigt und damit eine so weitgehende finanzielle Schädigung der betreffenden Arbeiter vermieden werden soll, was sich am leichtesten dadurch ermöglicht, daß dem schon jahrelangen Verlangen des Personals im elektrischen Teil nach Einführung des Dreischichtwechsels Verwirklichung zuteil wird.“

München. Wie unsere Friedhofsverwaltung „Hygiene“ berichtet, geht folgendes: Wird bei einer Beerdigung von einem Verein am Grabe ein Kranz niedergelegt, den die Angehörigen danach mit nach Hause nehmen möchten, so darf er wegen Ansteckungsgefahr nicht eher aus dem Friedhofe getragen werden, bevor er nicht desinfiziert ist, was 1 Mk. 50 Pf. kostet. In letzter Zeit dürfen die Beerdigten bei den Beerdigungen wegflehen, dafür müssen die Friedhofswächter die Kränze, welche auf der Bahre nicht mehr untergebracht werden können, an das Grab tragen. Die Arbeit wäre an und für sich nicht schwer, jedoch verfährt sie gegen die hygienischen Vorschriften. Die Beerdigten sowie Beerdigungsverleiher und Beerdigungsverleiher haben Dienstzüge und Gelegenheiten, sich nach dieser Arbeit zu waschen und zu desinfizieren, was bei den Friedhofswächtern nicht der Fall ist. Die Friedhofswächter werden als Polizeiergane betrachtet, und die Dienstvorschrift im § 7 schreibt vor, sie haben stets in anständiger, reinlicher Kleidung von dunkler Farbe zu erscheinen. Sie müssen daher mit ihren eigenen Kleidern, wobei sie mit Kränzen in Berührung kommen, die drei Tage bei den Toten liegen und alle möglichen Ansteckungsgerme bergen, so beim zu ihrer Familie. Wo bleibt da die Hygiene? Ferner werden die Friedhofswächter noch zu Abräumungsarbeiten verwendet, wo die Anwesenheit abgelaufen. Dort müssen sie die Grabkränze nebst Einschließungen entfernen usw. Die Aufsicht wird während dieser Zeit als Nebenfrage betrachtet.

Rundschau.

Weihnachtsgratifikationen. Wenn das Fest der Liebe herannaht, dann wird mitunter auch das Herz der härtesten Materialisten weicher, und wenn er für seine Familie Geschenke aussucht, dann denkt er zuweilen auch „homer“ Arbeiter. Vielleicht geht er in sich und es dämmert ihm die Erkenntnis, daß er das angenehme Leben, seinen Wohlstand, wohl auch seinen treuen Arbeitern mitzugeben hat. In einem Anfluge von väterlicher Liebe und Wohlwollen beschließt er, auch ihnen eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Das Jahr war gut und Millionen muß es

ihm ob. Die wirtschaftliche Krise hat ihn nicht geschadet. Im Gegenteil! Ihm war sie von Vorteil. Könnte er doch im Hinblick auf die Krise und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit alle Anträge seiner Arbeiter um Erhöhung der ihrer Ansicht nach unzureichenden Löhne ablehnen! Die arbeitslosen, hungernden Proletarier machten es ihm zu seinem großen Schmerze, unmöglich, den wohlbegründeten Anträgen seiner Arbeiter Rechnung zu tragen. Da bilst ihm das Fest der Liebe aus diesem Dilemma. Er beschließt, seine Arbeiter zu beschenken. Doch Zweifel steigen in ihm auf. Er hat treue Arbeiter, die ihm 10, 15, 20, ja 35 Jahre dienen. Werden diese nicht unwillig werden, wenn sie sehen, daß den Arbeitern, welche ihm vielleicht nur 9 Jahre oder vielleicht gar nur 5 Jahre dienen, dasselbe Weihnachtsgeschenk wird? Sein Gewissensgefühl trägt den Sieg davon. Die alten Arbeiter, sie sind würdig, diesen Beweis des Wohlwollens am Weihnachtsabend zu empfangen! Freundstahlend erhält jeder Arbeiter, der länger als 10 Jahre der Gesellschaft seine Kräfte gab, an der Masse die gewaltige Summe von 150 Mk. (eine Mark und fünfzig Pfennige) als Weihnachtsgatifikation. Und zerknirscht ob dieser Spende stehen alle Deher und unzufriedenen Elemente und geloben, in Zukunft brave und gehorame Arbeiter zu sein. Für diejenigen Leser, die gerührt durch so viel Güte, eventuell bereit sind, durch zehnjährige „einwandfreie“ Dienstzeit ebenfalls an diesen Segnungen teilzunehmen, zur Nachricht, daß die generöse Firma die Imperial Continental Gas Association in Berlin, kurzweg „Englische Gasanstalt“ genannt, ist.

Nach oben mit Scheffel! In Erfurt leitete kürzlich der Oberbürgermeister Marx mit, daß das jetzt 10000 Mk. betragende Gehalt des Beigeordneten Rangold mit Rücksicht darauf, daß er den Oberbürgermeister an erster Stelle zu vertreten habe, auf 12000 Mk. zu erhöhen sei. Um 1000 Mk. erhöhen sich die Gehälter der Beigeordneten Dr. Wulffing, Dr. Greve und Etermann von 10000 auf 11000 Mk., Dr. Thelemann von 9000 auf 10000 Mk., ferner des Herrn Director Koß von 6000 auf 7000 Mk., des Herrn Justiziar Simonis von 6000 auf 7000 Mk. und des Herrn Stadtbaurats Tdarandt von 8000 auf 8500 Mk. Dem Fabrikarinspektor Herrn Frings wird eine nicht pensionsberechtigte Dienstamtmandsaufschädigung von jährlich 500 Mk. gewährt. — Wie viele städtische Arbeiter mag es wohl in Erfurt geben, deren Gesamtverdienst nicht einmal die Höhe der erfolgten Beamtenzulage (1000 Mk.) erreicht?

Schlesische Löhne. In Polkwitz bei Glogau hatte der Magistrat jüngst beschlossen, das Gehalt der städtischen Arbeiter wegen Erhöhung der Tagelöhne für Männer auf 1,20 Mk. und für Frauen auf 0,75 Mk. zu berücksichtigen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte jedoch diesen Antrag ab und setzte den Lohn für Männer auf 1,20 Mk. im Sommer und 1 Mk. im Winter und für Frauen auf 0,75 bzw. 0,60 Mk. pro Tag fest! — Die Mühseligkeit der Stadtverordneten weitestert mit der Mühseligkeit unserer Kollegen, die sich zur Organisation nicht bequemen können.

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Zur Ausführung der Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses und des Münchener Parteitagess wegen Erziehung und Aufklärung der Arbeiterjugend ist eine aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der jugendlichen Arbeiter bestehende Zentralstelle eingesetzt worden. Der Parteivorstand ist darin durch die Genossen Ebert, Müller, S. Schulz und die Genossen Bick; die Generalkommission durch die Genossen Kagan, Sassenbach, Schmidt und die Genossen Jäger, und die Jugendlichen durch die Genossen Käpnitz, Maschke, Peters und die Genossen Moede vertreten. Die Zentralstelle hat sich konstituiert und ersucht, alle Anträge und Zuschriften an Fr. Ebert, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten. Der Verkehr mit der Zentralstelle soll durch die nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitagess in den einzelnen Orten einzusetzenden, besonderen Kommissionen geführt werden. Wo diese Kommissionen noch nicht gewählt sind, muß dies schnellstens nachgeholt werden. Die Adressen dieser Kommissionen sind umgeben der Zentralstelle mitzuteilen. Die Zentralstelle wird ein Jugendorgan herausgeben, das von Ende Januar ab alle 14 Tage erscheinen wird. Als Redakteur dieses Organs ist der Genosse Karl Stern, bisher Redakteur an der „Salzwitz Volkstzeitung“, gewählt worden. Die erste Nummer wird in großer Auflage erscheinen. Es ist deshalb wünschenswert, daß die örtlichen Kommissionen schon jetzt Vorbereitungen treffen, damit für eine möglichst große Verbreitung des Jugendorgans eine recht intensive Agitation entfaltet werden kann. — Damit hat die vielumstrittene Frage der Jugendorganisation eine Lösung gefunden, die alle Teile befriedigen dürfte.

Das Rabattgeben — eine wertlose Verschleierung der Realität. In Nr. 18 des „März“ schreibt Edgar Barlein: „Es ist in verschiedenen Städten eingeführt, daß die Geschäftskleute den Anachörigen von Beamten und anderen Kaufsbesitzern beim Warenkauf Rabatt gewähren. Dieser Rabatt beträgt 5 bis 15 Proz. Er wird durch die zunehmende Zahl

solcher Vereinigungen meist an den größten Teil der Kundenschaft auszuheben und belacht dort, wo er eben überhaupt eingeführt wurde, so allgemein, daß der weitaus größte Prozentsatz der Ladengeschäfte damit befaßt ist. Die Einrichtung entspringt dadurch, daß eine gewisse von Geschäftleuten sich ursprünglich mit diesem Modernen einen Vorteil aber der Konterpoint verstanden wollte und durch größeren Umsatz weitersichere ihren Zweck erreicht hat, solange sie bevorzugt auf das Publikum einwirkte. Heute fällt dieser Vorteil weg, weil nur die Käufer auf fast ausschließlich prozentgebende Geschäfte beschränkt. Für den Verkäufer ist dieser Rabatt nur mehr eine Inflationsfrage, für den Einkäufer, der ihn erhält, aber ein Vorteil, den er a priori am Preise haben könnte, wenn niemand darauf Anspruch machen würde. Einen direkten Schaden von dieser Einrichtung haben aber die, welche einer solchen Vereinigung nicht angehören, und die naturgemäß Preispriorität bezuglich müssen. Die ganze Prozentwirtschaft ist also eine Ungerechtheit, und sie streift schon heute an Unvollständigkeit, wenn es sich um Lagen von 10 Proz. und darüber handelt. Daß dem orientierten, energischen Käufer, der keiner prozentbehebenden Vereinigung angehört, diese Nachteile sehr oft auch gewährt werden, erhöht sicher nicht das Vertrauen, das der Käufer überhaupt zu unseren Kaufleuten haben soll. Man sieht zwar ein, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, man kann in Verhandlungen Anträge zu seiner Abschaffung hören, aber wie überall, so hat auch hier die Engherzigkeit und die Josttrieder in der Mehrzahl. Als hindernis der Bewegung schlägt man vor, Jedermann bei Kaufsummen 2 bis 3 Prozent zu geben, und man hat an verschiedenen Orten schon davon Gebrauch gemacht. Aber ein Fehler, der davor steht, bleibt immer noch ein Fehler, und außerdem entzieht in diesem Falle ein vertretbarer Kaufmann, der das Einhalten gewissermaßen sanktioniert, während das Detailgeschäft bisher von vornherein als altes Geschäft abgelehnt wird. Eine große Menge von Geschäfts- und Kaufmannvereinigungen drückt mit stromendem Bedauern auf die Detailkäufer. Diese aber geben in jeder dem Konterpointgebenden keine, die sie den Wert haben, zu reformieren. Sie bringen es nicht einmal fertig, eine wertvolle Berücksichtigung ihrer Reklamationen aus der Welt zu schaffen. Ein paar Stunden Sonntagmorgen, Verkaufsmatinee nach 9 Uhr abends, heimliche Palastreden oder sonstige Kundhandlungen sind wichtiger. Die Einzelhändler können nicht ganz unrichtig, wenn sie den „shopkeeper“ vom „merchant“ unterscheiden. Der letzte Satz, hinsichtlich des Details übertragen, würde lauten: die Einzelhändler haben nicht genug erreicht, wenn sie den „merchant“ vom heimlichen „shopkeeper“ sprachlich darauf unterscheiden.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Die „*Monatsschrift „Frage“*“, Wochenschrift für den Arbeiter und Gemeinwohlstand, beginnt am 1. Januar nach 9 Jahren. Sie ist abgefaßt, den in der Gemeindeverwaltung für die Fortgeschrittenen als ein höherer Führer in diesen kleinen Abteilungen zu geben und mit Material an die Hand zu geben. Daher wird das Blatt für jeden Fortgeschrittenen, der für kommunale Angelegenheiten interessiert, unentgeltlich sein. Der Jahreswechsel und der Beginn des neuen Jahres gibt die beste Gelegenheit, mit dem Annehmen zu beginnen. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnements nimmt jede Buchhandlung sowie Postamt zum Preise von 3 Mk. pro Quartal entgegen. Wo das Blatt noch nicht kommt, verlaßt die Versendung einer Probe monatlich von Berlin Buchhandlung Fernbach, Berlin SW. 68.

Die *Neue Zeit*, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Heft 13 vom 27. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Im Verlag von J. S. W. Dieckhach, in Stuttgart erschienen und gelangt in wenigen Tagen zur Ausgabe: Die *Revolution zur Gewerkschaft* vom 20. Dezember 1908. Von Arthur Stadthagen. Preis 20 Pfennig.

An der vorliegenden Probe findet der Leser die Bestimmung der Bremer Arbeiterzeitung, den Schutz gewerblicher Arbeiter, deren die Revue zur Gewerkschaft neben Einführung und Umstellungen, sowie den Text der Revue in einer Gewerkschaft der alten mit der neuen Fassung, wie sie vom Reichstag am 9. Dezember beschlossen worden ist. Diese Ausgabe ist für alle Interessierten unentgeltlich und für die Käufer des „Arbeiterrechts“ wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.

Der *Wohlfahrtliche*, Von Ed. Perathoner. Heft 19 der *Wohlfahrtlichen*. Eine nicht durch Vorarbeiten früherer Zeit, aller gelebte Welt und Lebensgemeinschaft wird hinsichtlich des Geschlechtsrechts nicht von der Seite ausgehen; Die folgenden wir ihn in Köpfe, sondern in Köpfe. Wie werden wir sein. Perathoner so in die Genüsse des Lebens ein, daß keine Zeit eine Seite der Wohlfahrtlichen werden kann. Von diesem Zeitpunkt an führt der Revisor an die Probleme des Geschlechtsrechts heran. In fünf Jahren ist es von den Geschlechtsrechten der Menschheit, die die Wohlfahrtlichen in der Zeit der Zeiten, die Annehmlichkeiten und Fortschritten des Geschlechtsrechts, keine Sorge, vom Reich

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften und Arbeitervereine in Berlin, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 101.

Allen Mitgliedern unseres Verbandes insonderheit allen Mitarbeitern der „Gewerkschaft“ und der „Sanitätswarte“ ein

frohes neues Jahr

und

die besten Wünsche!

Der Hauptvorstand. Die Redaktion.

und keine Ethik. Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 30 Pf. Buchbindung Vorwärts.

„*In Freier Stunden*“. Von dieser illustrierten Roman-Tablithel in Wochenheften, welche durch den Ausdruck unter Romanen, Novellen, Romanen, Schichten, einen erfolgreichen Mann gegen die Literatur führt, sind die letzten Hefte des laufenden Jahres erschienen. Im Heft 52 nimmt der mit so außerordentlichem Interesse aufgenommenen Roman „Der Freund“ von Lucius Zumbrota sein Ende. Am 1. Januar beginnt ein neuer Roman: „Amenlich“ des hervorragenden italienischen Erzählers Zotti, der, wie wir hoffen, ebenfalls alle unsere Leser finden wird. Aber auch die nebenher zum Ausdruck gelangende Erziehung „Mutterjahre“, welche die Zeiten einer Mutter der während der russischen Revolution die Jahre verbrachte werden — schildert, wird durch ihren ergreifenden Inhalt und durch ihre aufregende Darstellung über uns großer Spannung gelassen werden. Wie selten allen, die noch nicht viele der Freier Stunden und, die hier beständige Gelegenheit zum Abonnement zu benutzen, um so mehr, als der Preis außerordentlich billiger ist. Jede Woche erscheint ein 21 Seiten starkes Heft, von Künstlerhand illustriert, zum Preise von 10 Pf. Zeichnungen nehmen alle Parteigebühren, Jahresabonnements und Abonnement entgegen. Wer „In Freier Stunden“ noch nicht kennt, verlange er Probeheft vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Totenliste des Verbandes.

Rudolf Bader, Dresden Straßenreiner † 15. 12. 1908, 45 Jahre alt.	Christof Deckant, Bamberg Gasarbeiter † 23. 12. 1908, 47 Jahre alt.
Fr. Bartsch, Königsbergi. Pr. Steinbauer † 20. 12. 1908, 38 Jahre alt.	Franz Smertha, Berlin Gasarbeiter † 23. 12. 1908, 29 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Der

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

für das Jahr 1909.

zum Preise von 50 Pfg.

ist erschienen. Inhalt und Umfang sind gegen das Vorjahr erweitert. Bestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen.

Der Verbandsvorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften und Arbeitervereine in Berlin, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 101.